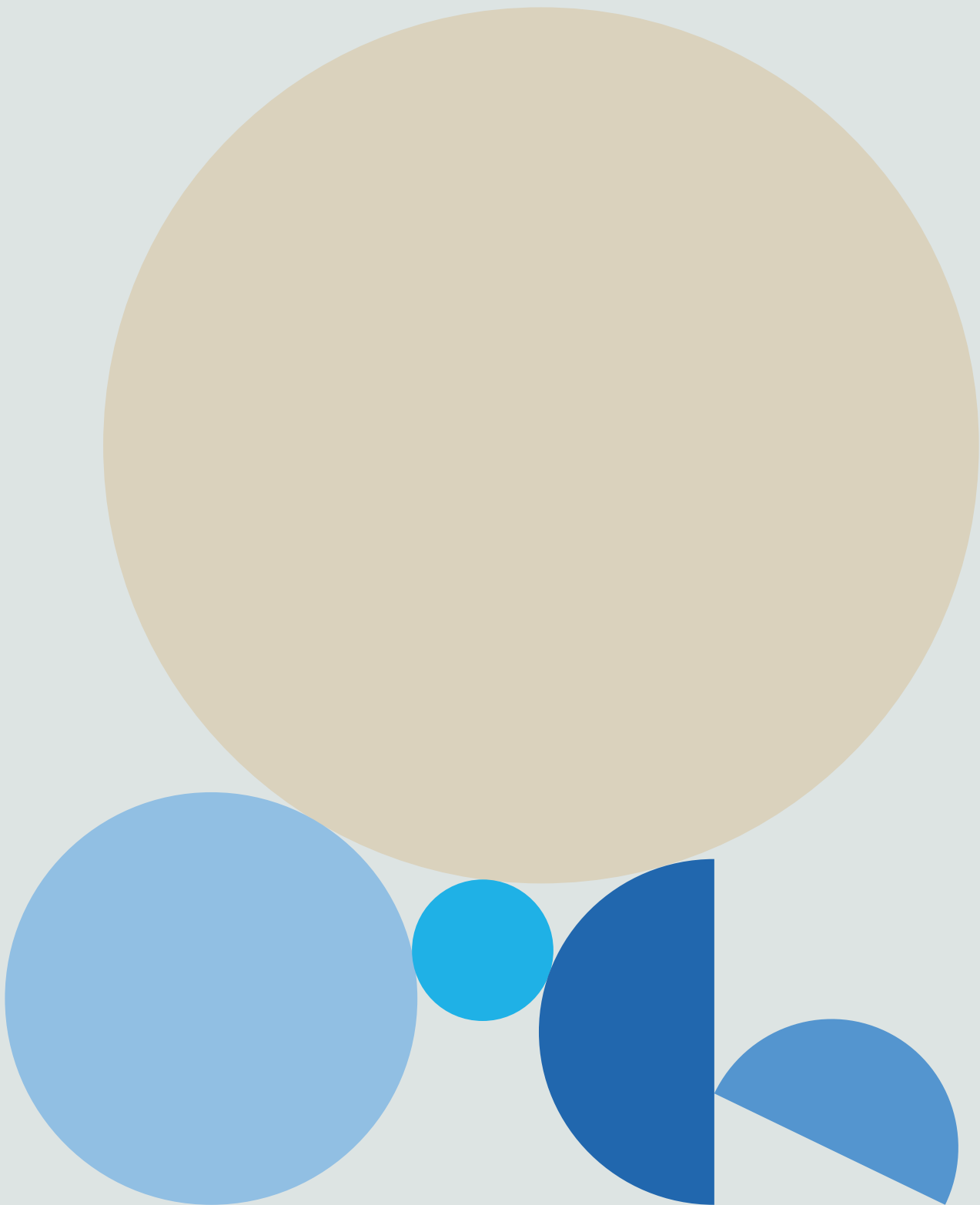


Geschäftsbericht 2023

Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft



Fünf-Jahres-Überblick

| | | 2023 | 2022 | 2021 | 2020 | 2019 |
|---|--------|----------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Gebuchte Beiträge | EUR | 33.631.002 | 115.167.931 | 438.134.452 | 60.559.084 | 55.534.508 |
| – Veränderung | % | -70,8 | -73,7 | 623,5 | 9,0 | 20,4 |
| Aufwendungen für Versorgungsfälle | EUR | 127.634.749 | 125.724.915 | 98.769.815 | 99.419.957 | 113.512.202 |
| Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb | EUR | 2.809.029 | 2.786.599 | 2.541.424 | 2.631.313 | 2.415.358 |
| Kapitalanlageergebnis | EUR | 22.999.422 | 20.743.484 | 19.519.888 | 20.506.864 | 24.121.857 |
| Rohüberschuss | EUR | 257.855 | 583.800 | 716.628 | 794.878 | 600.520 |
| Jahresüberschuss | EUR | 257.855 | 583.800 | 716.570 | 794.800 | 600.000 |
| Kapitalanlagen | EUR | 1.780.195.656 | 1.740.046.083 | 2.114.141.054 | 1.700.928.616 | 1.633.854.300 |
| Pensionsfondstechnische Rückstellungen | EUR | 1.767.034.217 | 1.726.906.160 | 2.100.549.809 | 1.688.714.460 | 1.627.944.362 |
| Eigenkapital | EUR | 12.765.618 | 12.507.764 | 11.923.964 | 11.207.394 | 10.412.594 |
| Versorgungsverhältnisse | Anzahl | 22.558 | 23.351 | 23.848 | 19.095 | 18.597 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Verwaltungsorgane der Gesellschaft | 1 |
| Lagebericht..... | 3 |
| Anlage zum Lagebericht..... | 17 |
| Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023..... | 30 |
| Bilanz zum 31. Dezember 2023..... | 31 |
| Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 | 35 |
| Anhang Angaben zur Bilanzierung und Bewertung..... | 37 |
| Angaben zur Bilanz | 39 |
| Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung..... | 45 |
| Allgemeine Angaben..... | 47 |
| Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers | 49 |
| Bericht des Aufsichtsrats | 52 |
| Überschussanteilsätze 2024 | 53 |
| Zurich Gruppe - Gesellschaftsstruktur | 55 |

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir verallgemeinernd das generische Maskulinum. Damit sind selbstverständlich alle gleichberechtigt angesprochen.

Verwaltungsorgane der Gesellschaft

Aufsichtsrat

| | |
|-------------------|--|
| Björn Bohnhoff | Vorsitzender Vorstandsmitglied der Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung AG Köln |
| Gero Schomann | Stellvertretender Vorsitzender Mitglied der Geschäftsführung der DWS International GmbH, Frankfurt am Main |
| Ulrich Christmann | Vorstandsmitglied der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), Frankfurt am Main |

Vorstand

Andreas Müller

Vorsitzender

Vorstandsbereich I

(Koordination der Geschäftsbereiche, Vertretung der AG nach außen, Datenschutz, Governance, Compliance, DDBR-Geschäftssparte, Fraud, Risikomanagement, Interne Revision, Bestandsverwaltung und Leistungsbearbeitung, Rechenzentrum und Informationstechnologie, Produktmanagement, IT-Datensicherheit, Recht und Steuern)

Martina Régnier

Vorstandsbereich III

(Vertriebsunterstützung Bank, Vertriebsunterstützung Exklusiv- und Maklervertrieb, Großausschreibungen)

Dr. Jens Wagener

Vorstandsbereich II

(Aktuarat, Investment Controlling und Administration, Rechnungswesen)

Lagebericht

Geschäftstätigkeit der Deutscher Pensionsfonds AG

Überblick

Die Deutscher Pensionsfonds AG vervollständigt das Produktangebot der Zurich Gruppe Deutschland im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge. Mit innovativen und marktgerechten Produkten, einer modernen Verwaltungsplattform und einem professionellen Anlagemanagement bieten wir unseren Kunden passende und individuelle Lösungen für die Auslagerung von Pensionsverpflichtungen. Durch die strategische Kooperation zwischen der Deutsche Bank AG und der Zurich Gruppe Deutschland verfügt die Deutsche Pensionsfonds AG über einen breiten Multi-Channel Vertriebsansatz.

Die Produkte

Die Deutscher Pensionsfonds AG bietet die Möglichkeit der Ablösung von bestehenden Pensionszusagen über die Nutzung des § 3 Nr. 66 EStG. Bestehende Pensionszusagen werden dabei im Rahmen des § 3 Nr. 66 EStG bilanzverkürzend auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Mit den Pensionsplänen 8, 9 und 11 bietet die Deutscher Pensionsfonds AG Lösungen sowohl für Großkunden als auch für Übertragungen von kleineren bis mittleren Versorgungswerken sowie für Einzelzusagen an.

Unsere nicht versicherungsförmigen Pensionspläne 8, 9 und 11 im Überblick:

- Kleine und mittlere Unternehmen sowie Gesellschafter-Geschäftsführer: Der Pensionsplan 11 beinhaltet einen optionalen biometrischen Risikoausgleich für Langlebigkeit zwischen nicht durch einen Konzern verbundenen Trägerunternehmen. Neben einer verbindlichkeitsorientierten Kapitalanlage, die über einen Spezialfonds abgebildet wird, stehen drei weitere gemanagte Kapitalanlagestrategien für die Trägerunternehmen zur Auswahl.
- Konzerne: Der Pensionsplan 9 richtet sich an Konzerne, die eine Auslagerung der Pensionsverpflichtungen mehrerer Gesellschaften des Konzerns umsetzen möchten. Er ermöglicht einen biometrischen Risikoausgleich für Langlebigkeit zwischen Tochterfirmen. Die Kapitalanlage wird individuell mit dem Trägerunternehmen abgestimmt und individuelle Services vereinbart.
- Vervollständigt wird die Produktpalette mit dem Pensionsplan 8. Dieser richtet sich an Unternehmen, denen die Möglichkeiten einer individuell abgestimmten Kapitalanlage oder auch Anlage in Rückdeckungsversicherungen wichtig sind.

Die Deutscher Pensionsfonds AG und die PB Pensionsfonds AG haben unter der Marke „Die Deutsche Betriebsrente“ ein Konsortium für das Sozialpartnermodell gegründet. Die Deutscher Pensionsfonds AG ist der Konsortialführer.

Regelmäßige Informationen zur Nachhaltigkeit der Kapitalanlage in den angebotenen Finanzprodukten

In Zusammenarbeit mit zwei Trägerunternehmen hat die DPAG zwei Kapitalanlagen angeboten, bei denen Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt werden. Diese Kapitalanlagen sind im Rahmen des Pensionsplans 8 aufgelegt worden. Hierbei handelt es sich um die beiden Spezialfonds (Sondervermögen) „Deutsche GPF“ sowie „DBV1“. Es handelt sich hierbei nicht um Finanzprodukte, in deren Kapitalanlage Neukunden investieren können.

Als Finanzmarktteilnehmer im Sinne der Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (sog. „Offenlegungsverordnung“ oder „Transparenzverordnung“) ist die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft zur Offenlegung von bestimmten nachhaltigkeitsbezogenen Informationen verpflichtet. Im Folgenden finden Sie die Information nach Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/2088 für die von der DPAG vertriebenen Finanzprodukte.

Sofern das Produkt in die Kapitalanlage „Deutsche GPF Spezialfonds“ oder in den „DBV1 Spezialfonds“ investiert ist, gilt:

Bei diesem Finanzprodukt erfolgt die Kapitalanlage vollständig in einem Spezial-Fonds (Sondervermögen). Bei den Informationen zur Nachhaltigkeit der Kapitalanlage ist die Deutscher Pensionsfonds AG auf Angaben des Fondsmanagers angewiesen. Die nachfolgende Darstellung beruht auf diesen Angaben.

Mit dem Finanzprodukt wurden im Jahr 2023 ökologische oder soziale Merkmale beworben bzw. gefördert (Artikel 8 der Verordnung (EU) 2019/2088). Leider wurden zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichtes die regelmäßigen Informationen nach Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/2088 für das letzte abgelaufene Geschäftsjahr der Fonds durch den Fondsmanager noch nicht veröffentlicht. Daher werden wir diese auf unserer Website <https://www.deutscher-pensionsfonds.com/de-de/nachhaltigkeitsbezogene-offenlegung> unter den „Angaben auf Produktebene“ veröffentlichen, sobald der Fondsmanager den Jahresbericht des jeweiligen Fonds veröffentlicht

hat und wir die Information unsererseits geprüft haben. In dieser Veröffentlichung werden Sie auch Informationen dazu erhalten, wie die wichtigsten nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen bei der Kapitalanlage im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr des Fonds berücksichtigt wurden.

Aus diesem Grunde finden Sie im Anhang dieses Lageberichtes...

- ... zum „Deutsche GPF Spezialfonds“ die Veröffentlichung nach Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/2088 „Regelmäßige Informationen zu den in Artikel 9 Absätze 1 bis 4a der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukte“ für das vorletzte abgelaufene Geschäftsjahr des Fonds mit Stand 30.11.2022. Hierbei handelt es sich um den aktuell gültigen Stand der Information aus dem letzten veröffentlichten Jahresbericht des Spezialfonds.

Weiterer Hinweis: Aufgrund von regulatorischen Konkretisierungen wurde die Bewertung der nachhaltigen Ausrichtung dieser Kapitalanlage durch das Fondsmanagement zum 01.01.2023 angepasst. Mit der Kapitalanlage werden ab diesem Zeitpunkt ökologische und/oder soziale Merkmale beworben bzw. gefördert (Artikel 8 der Verordnung (EU) 2019/2088), ohne nachhaltige Investitionen im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EU) 2019/2088 anzustreben, jedoch kann die Kapitalanlage in Teilen nachhaltige Investitionen enthalten. Die bisher verfolgte nachhaltige Anlagestrategie als solche wird hierdurch nicht berührt. Die laufende Information des Fondsmanagers im Anhang erfolgte für das Jahr 2022 noch auf Basis der damals geltenden Bewertung.

- ... zum „DBV1 Spezialfonds“ keine Veröffentlichung nach Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/2088 für das vorletzte Geschäftsjahr des Fonds, da der Fonds im letzten Geschäftsjahr erstmals ökologische oder soziale Investitionen nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2019/2088 Artikel 8 beworben bzw. gefördert hat und daher kein entsprechender Bericht für das vorletzte Geschäftsjahr existiert.

Für alle sonstigen Produkte gilt:

Mit diesem Finanzprodukt werden weder ökologische oder soziale Merkmale beworben oder gefördert noch wird eine nachhaltige Investition angestrebt. Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten. Aufgrund der Ausgestaltung der Anlagestrategie, die keine ökologischen und sozialen Merkmale verfolgt, werden die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren nicht berücksichtigt.

Die Vertriebspartner

Die Deutscher Pensionsfonds AG verfolgt einen Multi-Channel Vertriebsansatz. Zu diesem Zweck hat die Deutscher Pensionsfonds AG Vertriebsvereinbarungen mit der Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung AG einerseits und der Deutsche Bank AG, der DB Privat- und Firmenkundenbank AG und der DWS Beteiligungs GmbH andererseits abgeschlossen. Damit sind für den Vertrieb von Pensionsfondsprodukten die gesamten Vertriebswege der Zurich Gruppe Deutschland und der Deutsche Bank Gruppe erschlossen.

Über das Konsortium von Deutscher Pensionsfonds AG und PB Pensionsfonds AG besteht auch die Möglichkeit, die Vertriebskanäle der Talanx Gruppe in Zusammenhang mit Sozialpartnermodellen zu nutzen.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 auf Niveau von Corona-Pandemie Beginn

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland wurde auch im Jahr 2023 spürbar von den Folgen des Krieges in der Ukraine und den damit einhergehenden Herausforderungen geprägt. Die Corona-Pandemie wurde offiziell als beendet erklärt, einzelne Fälle treten dennoch auf, wenn auch ohne pandemische Merkmale. Insbesondere die extremen Energiepreiserhöhungen und steigenden Lebenshaltungskosten verschärften die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche bereits im Jahr 2022 vorhanden waren und in Material- und Lieferengpässen und dem Fachkräftemangel resultieren. Gleichzeitig zeigte sich auch im Jahr 2023 wieder, dass der Klimawandel kein zyklisch auftretendes Thema ist und neben den kurzfristigen Krisen eine langfristige Herausforderung darstellt. Die Folgen der globalen Krisen belasteten die deutsche Wirtschaft, wodurch diese kein Wachstum verzeichnen konnte.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2019 stieg das BIP im vergangenen Jahr in Deutschland lediglich um 0,7 % und damit deutlich schwächer als in vielen anderen europäischen Staaten. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung fiel im Jahr 2023 um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr an. Die meisten Dienstleistungsbereiche konnten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich leicht ausweiten und stützten die Wirtschaft im Jahr 2023. Der Anstieg fiel aber insgesamt schwächer aus als in den beiden vorangegangenen Jahren. Den größten preisbereinigten Zuwachs verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation mit +2,6 %. Der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,0 %) und die Unternehmensdienstleister (+0,3 %) konnten ebenfalls leicht zulegen. Dagegen ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (-1,0 %) zurück. Das lag vor allem am Groß- und am Einzelhandel, die deutlich nachgaben, während der Kraftfahrzeughandel und der Verkehrsbereich zulegten. Im Baugewerbe machten sich neben den weiterhin hohen Baukosten und dem Fachkräftemangel insbesondere die zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen bemerkbar. Hiervon war vor allem der Hochbau betroffen.

Dagegen konnte die Produktion im Tiefbau und im Ausbaugewerbe gesteigert werden. Insgesamt erreichte das Baugewerbe 2023 preisbereinigt ein kleines Plus von 0,2 %.

Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück. Entscheidend dafür war eine sehr viel niedrigere Produktion im Bereich Energieversorgung. Das Verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, war im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls im Minus (-0,4 %). Positive Impulse kamen hier vorrangig aus der Automobilindustrie und dem sonstigen Fahrzeugbau. Dagegen sanken Produktion und Wertschöpfung in den energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie erneut, nachdem die Wirtschaftsleistung in diesen Branchen bereits 2022 auf die steigenden Energiepreise reagiert hatte.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2023 aufgrund der schwachen Weltkonjunktur schlecht und dürfte sich auch 2024 nicht bemerkbar verbessern. Globale geldpolitische Straffungen und die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit setzten dem deutschen Außenhandel zu. Nach ersten Berechnungen fielen die Exporte im Jahr 2023 preisbereinigt um -1,2 % und die Importe preisbereinigt um -1,9 %.

Im Jahr 2023 spannte sich der Arbeitsmarkt weiter an, wenn auch weniger stark als in den Jahren zuvor. Im Jahresdurchschnitt erbrachten 45,9 Mio. in Deutschland arbeitende Erwerbstätige die Wirtschaftsleistung. Damit stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr und überstieg damit erneut das Vorkrisenniveau des Jahres 2019. Einen besonders starken Zuwachs an Erwerbstätigen verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %). Die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist der einzige Wirtschaftsbereich, der einen Rückgang der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr (-0,4 %) vermeldet. Die Anzahl an Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen Finanz- und Versicherungsdienstleister und Grundstücks und Wohnungswesen stagnierte.

Die privaten Konsumausgaben fielen nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit liegen die Konsumausgaben weiterhin unter Vorkrisenniveau des Jahres 2019 (-2,1 %). Ursächlich hierfür waren besonders die hohen Verbraucherpreise insbesondere für Nahrungsmittel und Energie. Auch der Staat reduzierte im Jahr 2023 erstmals seit fast 20 Jahren seine preisbereinigten Ausgaben (-1,7 %). Das lag vor allem am Wegfall staatlich finanzierter Coronamaßnahmen wie Impfungen und Ausgleichszahlungen für freie Bettenkapazitäten in Krankenhäusern. Durch solche Maßnahmen hatten die Staatsausgaben in den Jahren ab 2020 die Wirtschaftsleistung gestützt.

Im Jahr 2023 haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Schnitt um +5,9 % gegenüber 2022 erhöht. Damit erreicht der Verbraucherpreisindex einen historischen Höchststand, der laut dem Statistischen Bundesamt insbesondere auf die extremen Preisanstiege für Energieprodukte und Nahrungsmittel seit Beginn des Krieges in der Ukraine zurückzuführen sei. Die hohe Inflationsrate hatte für die Arbeitnehmer klare Reallohnverluste zur Folge. Dadurch, dass die Verbraucherpreise stärker als das verfügbare Einkommen stiegen, sank die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise haben das ohnehin schwierige, von sozialen Ungleichheiten geprägte Umfeld, hoher Staatsverschuldung, erhöhter Cyber-Kriminalität und Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit beeinflusst. Während die Regierungen und Gesellschaften weiterhin nach angemessenen Lösungen suchen, werden die Herausforderungen durch unzureichende Vorsorge, konkurrierende Interessen und die Folgen früherer Entscheidungen noch größer. Nirgendwo ist dies deutlicher geworden als im Kampf gegen die hohe Inflation. Regierungen und Zentralbanken versuchen zu reagieren. Dennoch bleibt das Risiko politischer Fehler hoch, da der Spielraum für die gleichzeitige Bewältigung wirtschaftlicher und damit verbundener gesellschaftlicher Belastungen begrenzt ist. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone ist von ebendiesen Herausforderungen betroffen.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Wie bereits 2022 wurde die Entwicklung an den Kapitalmärkten auch 2023 maßgeblich durch die Themen Inflation und Geldpolitik bestimmt. Grundsätzlich war die Erwartung vieler Marktteilnehmer, dass die Inflation 2023 den Höhepunkt erreichen und die Zentralbanken somit am Ende des Zinserhöhungszyklus stehen würden, sodass der Ausblick sowohl für die Aktien- als auch die Rentenmärkte grundsätzlich positiv war. Dank fallender Energiepreise sank die Gesamtinflation, während sich die Kerninflation – gemessen ohne die schwankungsreichen Preise für Energie und Lebensmittel – auf hohem Niveau stabilisierte. So führte die gerade im ersten Halbjahr 2023 hohe Kerninflation sowie der stabile Arbeitsmarkt zu restriktiven Geldpolitiken der US-Zentralbank Federal Reserve und der Europäischen Zentralbank, in deren Folge durch die höheren Zinsen sich im Verlauf des Jahres dann auch die wirtschaftlichen Daten und Prognosen abschwächten. Während sich die Wirtschaft in den USA noch stabil halten konnte, befand sich die Eurozone mit zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit negativem Wirtschaftswachstum bereits Ende des ersten Quartals in einer sogenannten technischen Rezession. Obwohl der Dienstleistungssektor sich im ersten Halbjahr noch sehr positiv entwickelte, verschlechterten sich die Frühindikatoren sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch später des Dienstleistungssektors, über das Jahr hinweggesehen, deutlich. Auf den Finanzmärkten zeigten sich erste Verwerfungen mit dem Kollaps der Silicon Valley Bank in den USA und in Europa musste die Credit Suisse unter Eingriff der Schweizer Nationalbank von der UBS übernommen werden, um einen Zusammenbruch der Credit Suisse mit weitreichenden negativen Folgen für das Finanzsystem zu verhindern. Insgesamt erwies sich das Bankensystem jedoch sowohl in den USA als auch in Europa als sehr robust und konnte diese kurzzeitige Krise gut überwinden.

Die Rentenmärkte erfuhren 2023 durch die Zinsentwicklung ein sehr volatiles Jahr. Getrieben durch die weiterhin hohe Inflation und die Zinserhöhungen der Zentralbanken, erreichten die Renditen deutscher Staatsanleihen gegen Ende des dritten Quartals ihre Höchststände und wiesen folglich deutliche Kursrückgänge auf. Ein stark ausgeprägter Zinsrückgang im vierten Quartal ließ länger

laufende Anleihen gegen Jahresende dann aber wieder unterhalb der Renditen des Vorjahres fallen, so dass über das Gesamtjahr Kursgewinne erzielt werden konnten.

Im Immobiliensektor setzte sich der Trend aus 2022 ebenfalls fort. Viele Immobilien mussten weitere oder erstmalige Abwertungen erfahren, wobei Immobilien in den sehr guten Lagen mit niedrigem Risiko erneut besser abschneiden konnten als der Gesamtmarkt. Die gestiegenen Zinsen und hierdurch höheren Finanzierungskosten bzw. die Unsicherheit bzgl. zukünftiger Refinanzierungen machten sich nun auch bei großen Immobilienunternehmen bemerkbar. Resultierend daraus gab es die ersten Insolvenzen im Immobiliensektor. Speziell im Bereich der Immobilienentwicklungen kam es zu Engpässen bei Finanzierungen und Refinanzierungen. Auch einige gelistete Aktiengesellschaften in der Immobilienbranche sehen sich zunehmend stärkerem Gegenwind ausgesetzt, sei es durch Neubewertungen des Portfolios oder die gestiegenen Finanzierungskosten.

Während die Zinsen Ende des dritten/Anfang des vierten Quartals auf langjährigen Höchstständen notierten, zeigten die Maßnahmen der Zentralbanken ihre Wirkung und die Kerninflation ging merklich zurück, sodass nun mit keinen weiteren Zinserhöhungen in Europa und den USA gerechnet wird. Im Gegenteil, speziell in den USA wird bereits von einigen Marktteilnehmern mit Zinssenkungen im ersten Halbjahr 2024 gerechnet. Diese Entwicklung und der implizite Ausblick lösten eine Kursrallye bei globalen Aktien aus, sodass einige Indizes ihre Allzeithöchststände erreichen konnten. Allerdings könnte dies auch ein Risiko für Aktien im Jahr 2024 darstellen, da der Kapitalmarkt vor dem Hintergrund eines sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums und einer gegebenenfalls zu früh erwarteter Zinssenkung eventuell zu optimistisch positioniert ist.

Die Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft 2023

Auch das Versicherungsgeschäft wurde im Jahr 2023 stark von der steigenden Inflation und den Folgen des Krieges in der Ukraine geprägt. Über alle Sparten hinweg schätzt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) einen leichten Anstieg der Beitragseinnahmen 2023 um 0,6 % auf 224,7 Mrd. EUR. Die realen Einkommensverluste der privaten Haushalte belasten dabei vor allem das Geschäft der Lebensversicherer, da die Menschen weniger Geld für die private Altersvorsorge zurücklegen. In der Schaden- und Unfallversicherung und der privaten Krankenversicherung sind trotz diverser Krisen weiterhin Beitragszuwächse zu verzeichnen.

In der Lebensversicherung insgesamt (inklusive Pensionsfonds und Pensionskassen) sanken die gebuchten Bruttobeiträge deutlich, um -5,0 % gegenüber dem Vorjahr auf 92,17 Mrd. EUR.

In den Geschäftsergebnissen der Lebensversicherer i. e. S. zeichnet sich ein Trend deutlich sinkender Beitragseinnahmen aufgrund stark rückläufiger Einmalbeiträge und grundsätzlichem Rückgang im Neuzugang ab. Die Anzahl der Versicherungsverträge weist laut GDV einen Bestandsrückgang auf. Laut Ergebnissen des GDV sanken die gebuchten Brutto-Beiträge im Geschäftsjahr 2023 (ohne Beiträge aus RfB) auf 89,15 Mrd. EUR; dies entspricht einem Rückgang von 3,9 %. Die laufenden Beiträge blieben nahezu konstant bei 64,27 Mrd. EUR und steigerten damit ihren Anteil auf 72,1 % der Beitragseinnahmen (Vorjahr: 69,3 %), da die Einmalbeiträge im selben Zeitraum um -12,5 % auf 24,88 Mrd. EUR zurückgingen. Der Bestand an Hauptversicherungen betrug zum 31.12.2023 81,42 Mio. Verträge und sank damit um 0,5 %. Dennoch stieg die versicherte Summe um 2,4 % auf 3.639,11 Mrd. EUR und der laufende Beitrag um 0,4 % auf 64,76 Mrd. EUR.

Der Anteil der fondsgebundenen Versicherungen ist mit 4,4%, bezogen auf die Bestandsstruktur (laufender Beitrag), unverändert, Rentenversicherungen als Mischformen mit Garantien stiegen um 1,2 Prozentpunkte auf 25,8% und sind somit in Summe bei 30,2 %. Beide Werte verdeutlichen das starke Wachstum der fondsgebundenen Lebensversicherungen. Im Jahr 2023 erreichte der Neuzugang laut GDV 4,42 Mio. Lebensversicherungsverträge (0,2 %) mit einer Versicherungssumme in Höhe von 322,53 Mrd. EUR, was einem Anstieg von +3,7 % entspricht. Basierend auf Neugeschäftsbeiträgen errechnet sich für das Jahr 2023 ein Annual Premium Equivalent (APE) in Höhe von 8,90 Mrd. EUR (-1,1 %).

Die Bedeutung von Rentenversicherungen für das Neugeschäft der Lebensversicherer nahm im vergangenen Jahr leicht ab. Ihr Anteil am Neugeschäft belief sich, gemessen an der Anzahl der Verträge, auf 46,1 % (Vorjahr: 48,3 %) und gemessen an den Beiträgen auf 67,3 % (Vorjahr: 70,2 %).

Der Bestand an förderfähigen Riester-Verträgen sank im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr auf 10,01 Mio. Verträge (-2,3 %). Der laufende Beitrag des gesamten Neuzugangs an Riester-Verträgen betrug 213,83 Mio. EUR (-19,9 %) mit einer versicherten Summe von 4,66 Mrd. EUR, die im Jahr 2023 ebenfalls deutlich gesunken ist (-28,4 %). Die Entwicklung der Basisrente ist entgegen den anderen Trends im Bereich der Lebensversicherer i. e. S. positiv. Der GDV meldet 133.800 neu abgeschlossenen Verträge im Jahr 2023 (+14,2 %) und einen laufenden Beitrag in Höhe von 502,83 Mio. EUR (+22,7 %).

Im Gegensatz zu der privaten Altersvorsorge entwickelte sich die betriebliche Altersvorsorge (bAV) im vergangenen Jahr deutlich schlechter. Die gebuchten Bruttobeiträge sanken in der bAV nach ersten Berechnungen des GDV um -5,7 % gegenüber 2022 auf 19,1 Mrd. EUR. Auch in der Entwicklung der Pensionsfonds lassen sich laut GDV wie bei den Pensionskassen rückläufige Tendenzen in der Geschäftsentwicklung im vergangenen Jahr abzeichnen. Die gebuchten Bruttobeiträge der Pensionskassen sanken auf 1,92 Mrd. EUR (-5,0 %).

Während des Geschäftsjahres 2023 wurden 42.200 Hauptversicherungen neu abgeschlossen, was 10,9% weniger sind als im Vorjahr – die versicherte Summe des Neuzugangs belief sich dabei auf 0,54 Mrd. EUR und damit nur 1,6% unter Vorjahr. Der laufende Beitrag für ein Jahr sank für Haupt- und Zusatzversicherungen auf 29,70 Mio. EUR (-0,4 %), Einmalbeiträge sanken um 1,3% auf 129,24 Mio. EUR und somit verringerte sich die APE auf 43,75 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Pensionsfonds in Deutschland 2023

Die gebuchten Bruttobeiträge der Pensionsfonds normalisierte sich auf ein Niveau vor Corona und Sondereffekten mit 1,10 Mrd. EUR (-50,8 %). Der gesamte Neuzugang belief sich im vergangenen Jahr auf 58.200 versicherte Personen (+0,8 %). Der laufende Beitrag für ein Jahr aus diesem Neuzugang stieg auf 40,56 Mio. EUR (+19,2 %), der Einmalbeitrag sank auf 0,81 Mrd. EUR (-60,2 %). Basierend auf den vorläufigen Neugeschäftsbeiträgen, errechnet sich hieraus ein APE von 121,43 Mio. EUR (-48,8 %).

Geschäftsentwicklung der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit der Deutscher Pensionsfonds AG umfasste im Geschäftsjahr sowohl beitragsbezogene als auch leistungsbezogene Pensionspläne.

Im Berichtsjahr 2023 wurden ausschließlich Verträge für die Übertragungen von Pensionsverpflichtungen ohne versicherungsförmige Garantien gemäß der Pensionspläne 8, 9 und 11 abgeschlossen. Die Einmalbeiträge für diese leistungsbezogenen Pensionspläne beliefen sich auf 33,4 Mio. EUR (Vorjahr: 114,8 Mio. EUR).

Neben den Beiträgen für leistungsbezogene Pensionspläne wurden zudem 280,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 320,2 Tsd. EUR) für beitragsbezogene Pensionspläne vereinnahmt. Insgesamt belaufen sich die gebuchten und verdienten Bruttobeiträge im Geschäftsjahr auf 33,6 Mio. EUR (Vorjahr: 115,2 Mio. EUR). Das Pensionsfondsgeschäft ist vorwiegend gekennzeichnet durch das Einmalbeitragsgeschäft, welches in hohem Maße vom Erfolg im Großkundensegment beeinflusst wird. Der Rückgang zum Vorjahr begründet sich dabei durch eine Bestandsübertragung von einem Großkunden im Jahr 2022. Derartige Übertragungen sind generell ursächlich für die deutlichen jährlichen Schwankungen bei den Einmalbeiträgen. Auch in diesem Jahr liegt die Entwicklung der Einmalbeiträge über unseren Erwartungen, da eine Großübertragung stattgefunden hat, die jedoch im Vorjahresvergleich betragsmäßig gering ausfiel. Unsere Annahmen bezüglich des Ausbaus des kleinteiligeren, aber besser planbaren Einzelübertragung-Segementes wurden nicht erfüllt, haben sich im Jahresverlauf jedoch positiv entwickelt.

Im Berichtsjahr wurden 127,4 Mio. EUR (Vorjahr: 125,5 Mio. EUR) an Leistungen an die Versorgungsberechtigten ausgezahlt. Davon entfielen 127,0 Mio. EUR (Vorjahr: 125,0 Mio. EUR) auf leistungsbezogene Pensionspläne, womit erwartungsgemäß ein gleichbleibendes Niveau erhalten bleibt.

Über die Zusammensetzung des Pensionsfondsvertragsbestandes in tabellarischer Form berichten wir in den Anlagen zum Lagebericht.

Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen

Im Geschäftsjahr 2023 sind die Abschlussaufwendungen auf 1,6 Mio. EUR (Vorjahr: 1,5 Mio. EUR) angestiegen. Bezogen auf die Beitragssumme stieg der Abschlusskostensatz auf 4,9 % (Vorjahr: 1,3 %).

Die Verwaltungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr von 1,3 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR gesunken. Der Verwaltungskostensatz in Bezug auf die gebuchten Bruttobeiträge stieg im Vergleich zum Vorjahr von 1,1% auf 3,5 %.

Haupttreiber für die deutlich gestiegenen Kosten ist das geringere Volumen an gebuchten Bruttobeiträgen gegenüber dem Vorjahr.

Kapitalanlageergebnis

Der Kapitalanlagebestand zu Bilanzwerten ohne die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stieg per ultimo 2023 auf 20,3 Mio. EUR (Vorjahr: 20,2 Mio. EUR).

Die Nettoerträge aus diesem Bestand betragen im Geschäftsjahr 353,5 Tsd. EUR nach 345,3 Tsd. EUR im Vorjahr. Die Nettoverzinsung betrug 1,7 % (Vorjahr: 1,7 %).

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stiegen im Vergleich zum Vorjahr von 1,7 Mrd. EUR auf 1,8 Mrd. EUR.

Bei diesen Kapitalanlagen wurden im Geschäftsjahr nicht realisierte Gewinne per Saldo von 116,8 Mio. EUR (Vorjahr: Nicht realisierte Verluste 384,6 Mio. EUR) ausgewiesen.

Überschussbeteiligung und Zinszusatzreserve für Versorgungsberechtigte

Das Niveau der Überschussanteilsätze wurde für 2024 gegenüber 2023 nicht geändert. Einzelheiten hierzu sind der Aufstellung „Überschussanteilsätze 2024“ ab Seite 43 zu entnehmen.

Grundsätzlich besteht die Überschussbeteiligung für unsere Kunden aus den Komponenten Dotierung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Direktgutschrift.

In diesem Berichtsjahr wurden jedoch, wie im Vorjahr, keine Mittel für die unmittelbare Überschussbeteiligung unserer Kunden in Form der Direktgutschrift aufgewandt.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden in diesem Jahr ebenfalls keine Mittel (Vorjahr: 0 EUR) zugeführt.

Der Aufbau einer sogenannten Zinszusatzreserve zur Erhöhung der Sicherheitsmargen in der Deckungsrückstellung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Basis eines Referenzzinssatzes von 1,57 % (Vorjahr: 1,57 %) fortgesetzt. Dabei wurden der Deckungsrückstellung 28,7 Tsd. EUR (Vorjahr: Zuführung in Höhe von 18,7 Tsd. EUR) entnommen, da sich die Lage, bedingt durch das derzeitige Zinsumfeld und eines konstant bleibenden Referenzzinssatzes, etwas verbessert.

Vermögens- und Finanzlage

Die gesamten Aktiva beliefen sich am Bilanzstichtag auf 1,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,7 Mrd. EUR). Die Kapitalanlagen ohne das fondsgebundene Geschäft erhöhten sich von 20,2 Mio. EUR auf 20,3 Mio. EUR und stellen somit 1,1 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 1,2 %).

Die stärkste Anlagenkategorie in unserem Portfolio sind weiterhin Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (60,3 %, Vorjahr: 60,9 %) und Sonstige Ausleihungen (35,7 %, Vorjahr: 36,2 %) sowie Ausleihungen an verbundenen Unternehmen (3,7 %, Vorjahr: 2,5 %).

Der Rückgang des Marktzinsniveaus (Swapsatz (EUR) 10 Jahre lag zum Jahresende 2023 bei 2,5 %, Vorjahr 3,2 %) führte insbesondere bei diesen zinsensitiven Anlagen zu einem Anstieg der Marktwerte. Die stillen Nettoreserven bezogen auf den Buchwert des Kapitalanlagebestandes betrugen -6,5 % zum 31.12.2023 und stiegen damit um 42,2 % auf -1,3 Mio. EUR (Vorjahr: -2,3 Mio. EUR).

Das Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hatte einen Anteil an der Bilanzsumme von 98,8 % (Vorjahr 98,8 %). Der Buchwert des Vermögens für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhöhte sich durch die Kapitalmarkteinflüsse von 1,7 Mrd. EUR auf 1,8 Mrd. EUR.

Das Eigenkapital der Deutscher Pensionsfonds AG stieg um 2,1 % auf 12,8 Mio. EUR an (Vorjahr: 12,5 Mio. EUR). Von dem Jahresüberschuss in Höhe von 257,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 583,8 Tsd. EUR) wurden 12,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 29,2 Tsd. EUR) den Gewinnrücklagen (der gesetzlichen Rücklage) und 245,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 554,6 Tsd. EUR) zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 7,3 Mio. EUR in den Bilanzgewinn eingestellt. Der Bilanzgewinn betrug zum 31.12.2023 7,5 Mio. EUR (Vorjahr: 7,3 Mio. EUR).

Die pensionsfondstechnischen Rückstellungen erhöhten sich um 0,5 % und betrugen zum Jahresende 7,1 Mio. EUR nach 7,1 Mio. EUR im Vorjahr. Hinzu kommen die pensionsfondstechnischen Rückstellungen, bei denen das Anlagerisiko von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen wird, in Höhe von 1,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,7 Mrd. EUR). Die Deckungsrückstellung für das versicherungsförmige Geschäft beinhaltete eine Zinszusatzreserve in Höhe von 775,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 803,9 Tsd. EUR). Die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung (RfB) verringerten sich um 2,4 % und lagen bei 129,4 Tsd. EUR. Der Schlussüberschussanteilfonds belief sich auf 59,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 62,3 Tsd. EUR) und reduzierte sich um 4,0 %. Der freie Teil der RfB erhöhte sich von 64,6 Tsd. EUR auf 65,7 Tsd. EUR.

Die Verbindlichkeiten betrugen zum Geschäftsjahresende 1,2 Mio. EUR (Vorjahr: 643,4 Tsd. EUR), wobei die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Pensionsfondsgeschäft gegenüber Arbeitnehmern und Arbeitgebern mit 47,5 % (Vorjahr: 83,7 %) den größten Teil ausmachten.

Die Liquidität des Unternehmens wird laufend geprüft und Hochrechnungen monatlich aktualisiert. Es bestanden während des Geschäftsjahres jederzeit ausreichend liquide Mittel.

Entwicklung von Leistungskennziffern

Die wesentlichen Leistungskennziffern des Unternehmens sind die Beitragsentwicklung, der Rohüberschuss und die Solvabilität.

Da überwiegend Verträge für die Übertragung von Pensionsverpflichtungen gezeichnet werden, ist die Beitragsentwicklung stark schwankend. In diesem Jahr wurden keine (neuen) Bestände von Großkunden übernommen, somit ist das Volumen im Einzelübertragungssegment im Vergleich zum Vorjahr geringer.

Das Eigenkapital erhöhte sich zum Vorjahr von 12,5 Mio. EUR auf 12,8 Mio. EUR.

Der Rohüberschuss vor Reduktion der Zinszusatzreserve sank im Vergleich zum Vorjahr von 602,5 Tsd. EUR auf 229,1 Tsd. EUR.

Die Solvabilitätsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert und liegt nun bei 220 % (Vorjahr: 222 %). Dies steht für Konstanz und unterstreicht die Solidität und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.

In unseren Prozessabläufen liegt der Fokus auf Kundenorientierung und Kundenzufriedenheit. Aus diesem Grund achten wir darauf, dass die Dienstleister, mit denen wir zusammenarbeiten, bestimmte Standards in Sachen Qualität und Sicherheit erfüllen.

Als Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland beziehen wir unsere Kunden in die allgemeinen Umfragen zum Net Promoter Score ein, um uns stetig in der Erfüllung der Erwartungen und des Bedarfs unserer Kunden zu verbessern.

Zusammenfassend verlief das Geschäftsjahr 2023, trotz der äußeren Einflüsse, gemäß unseren Erwartungen. Dies betrifft insbesondere den Rohüberschuss und die Solvabilität, die Beitragserwartungen wurden nicht ganz erfüllt.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als stabil zu beurteilen.

Jahresergebnis und Bilanzgewinn

Das Geschäftsjahr endete mit einem Jahresüberschuss von 257.855 EUR (Vorjahr: 583.800 EUR). Nach Einstellung von 12.893 EUR in die gesetzliche Rücklage (Vorjahr: 29.190 EUR) und unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 7.261.425 EUR (Vorjahr: 6.706.815 EUR) betrug der Bilanzgewinn 7.506.387 EUR (Vorjahr: 7.261.425 EUR).

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit wird die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft laufend von Chancen und Risiken begleitet. Um unter diesen Rahmenbedingungen erfolgreich zu agieren, hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem aufgebaut, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse integriert ist. In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft aus der Geschäftsstrategie die Risikostrategie abgeleitet, das Risikotragfähigkeitskonzept entsprechend definiert und ein Limitsystem im Sinne eines Frühwarnsystems eingerichtet. Darüber hinaus ist das Governance-System mit seinen Schlüsselfunktionen und Funktionstrennungen so aufgebaut, dass es das Risikomanagement unterstützt.

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und damit der langfristigen und nachhaltigen Existenzsicherung der Gesellschaft. Mit zielgerichteten Risikomanagementaktivitäten verfolgt die Gesellschaft die Optimierung der Risikolage, d. h. eine Begrenzung der Risiken auf ein akzeptables Niveau unter Berücksichtigung der ihnen gegenüberstehenden Chancen. Bei den Aktivitäten berücksichtigt die Gesellschaft die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Durch die regelmäßige Anwendung von konsistenten Risikomanagementverfahren identifiziert und bewertet die Gesellschaft ihr Risikopotential und ergreift bei Bedarf Gegensteuerungsmaßnahmen. Überschreiten die Analyseergebnisse dabei den definierten Toleranzbereich, werden risikomindernde Maßnahmen eingeleitet. Deren Umsetzung und Wirksamkeit werden anhand eines systematischen Controllings überwacht. Darüber hinaus soll durch entsprechende Prozesse gewährleistet werden, dass das Management zeitnah über neu auftretende Risiken informiert wird und erforderliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Das Risikomanagement der Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und ist in das Risikomanagement der Zurich Gruppe Deutschland (ZGD) und dessen Aufbauorganisation integriert. Dem zentralen Risikomanagement, einem eigenständigen Bereich, obliegt dabei die Organisation, Verantwortlichkeitsregelung, Koordination, Überwachung und Kommunikation des Risikomanagementprozesses.

Gemäß des Jahresplans wird unter anderem in Workshops mittels Risikoanalysemethoden die Risikoidentifikation und -bewertung vorgenommen. Die daraus resultierenden Informationen werden zentral in einem System vorgehalten, sodass umfassende sowie konsistente Risikoanalysen erstellt werden können. Darüber hinaus wird durch das implementierte Limitsystem der vom Vorstand definierte Risikoappetit operationalisiert und durch entsprechende Risikokennzahlen die Risikotragfähigkeit überwacht. Durch risikopolitische Maßnahmen im Unternehmen, aber auch durch die Umsetzung der Aktivitäten aus den verschiedenen Risikoanalysemethoden, soll eine Risikominderung erreicht werden. Die Erkenntnisse aus dem Risikomanagementprozess werden schließlich im Risikoreporting dargestellt.

Das operative Risikomanagement findet in den Fachbereichen statt und ist somit in die Geschäfts- und Entscheidungsprozesse integriert. Grundsätzlich ist das operative Management für den unmittelbaren Umgang mit Risiken und insbesondere für das Eingehen von Risiken verantwortlich. Risikorelevante Themen werden regelmäßig in den Vorstandssitzungen der Gesellschaft behandelt. Darüber hinaus überprüft ein mit Vorständen besetztes Gremium auf Holding-Ebene regelmäßig die Einschätzungen zur Risikosituation der Zurich Gruppe Deutschland und beschließt - erforderlichenfalls unter Abstimmung mit der Gesellschaft - gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikoreduktion. Zusammen mit dem zentralen Risikomanagement bewirkt dieses Gremium eine übergreifende und vernetzte Sicht auf alle zur Zurich Gruppe Deutschland gehörenden Unternehmen. Zudem werden spezielle Risikobelange hinsichtlich der Kapitalanlage oder Sicherheitsthemen in verschiedenen Gremien betrachtet.

Risikoprofil

Resultierend aus dem Geschäftsmodell der Gesellschaft betreffen die maßgeblichen Risiken die pensionsfondstechnischen Risiken, Risiken aus der Kapitalanlage, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft, operationelle Risiken und sonstige Risiken und werden im Folgenden dargestellt.

Chancen und Risiken aus dem Pensionsfondsgeschäft

Die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft bietet Pensionspläne an, mit denen Versorgungsleistungen von Arbeitgebern gemäß § 236 Abs. 2 VAG, d. h. Geschäft das gemäß § 3 Nr. 66 EstG, auf unsere Gesellschaft ausgelagert wird. Die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft übernimmt die Durchführung der Leistungen nur insoweit, als die Trägerunternehmen ihren Finanzierungsverpflichtungen nachkommen und der Gesellschaft ausreichende Deckungsmittel zur Verfügung stellen. Da der Arbeitgeber für die Erfüllung der durchgeführten Zusagen ohne versicherungsförmige Garantien, für die die Gesellschaft keine ausreichenden Deckungsmittel zur Verfügung hat, unmittelbar verpflichtet bleibt, trägt die Gesellschaft aus diesem Geschäft keine unmittelbaren pensionsfondstechnischen Risiken. Sollte ein geforderter Nachschuss nicht erbracht werden und auch kein Bedeckungsplan abgeschlossen werden, wird die Zusage der Gesellschaft nach Maßgabe des Umstellungspensionsplans auf versicherungsförmig garantierte Leistungen herabgesetzt.

Die mit dem Pensionsfondsgeschäft verbundenen Kostenrisiken werden bei der aktuariellen Preisgestaltung berücksichtigt. Das Kostenrisiko wird auch dadurch abgemildert, dass bei einzelnen Pensionsplänen am Inflationsindex orientierte Anpassungsklauseln vereinbart wurden oder die Kosten von den Trägerunternehmen übernommen werden. Die tatsächliche Entwicklung der Kosten wird von der Gesellschaft laufend überwacht.

Neben diesem nicht-versicherungsförmigen Geschäft hat die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft auch versicherungsförmige Leistungen angeboten, mit denen im Wesentlichen das biometrische Langlebkeitsrisiko und das Zinsgarantierisiko übernommen wird.

Während das Langlebkeitsrisiko darin besteht, dass die tatsächlichen Parameter nachteilig von den Annahmen abweichen, die den Kalkulationen zugrunde gelegt wurden, bezieht sich das Zinsgarantierisiko auf den Risikoumstand, dass die bei Vertragsabschluss in den Verträgen vereinbarten jährlichen Mindestverzinsungen nicht entsprechend durch Kapitalanlageerträge erwirtschaftet werden können.

Die Gesellschaft begegnet dem biometrischen Langlebkeitsrisiko, indem für die Berechnung und die Bildung der pensionsfondstechnischen Rückstellungen bei Zusagen mit versicherungsförmigen Garantien, Rechnungsgrundlagen mit Sicherheitszuschlägen verwendet werden. Diese werden regelmäßig anhand anerkannter aktuarieller Methoden und unter Berücksichtigung von Empfehlungen sowie Hinweisen der Deutschen Aktuarvereinigung und der Aufsichtsbehörde überprüft.

In den zurückliegenden Jahren wurden Zinsgarantierisiken durch den länger anhaltenden fallenden Trend getrieben. Um diesem Umfeld zu begegnen, hat der Aufbau der sogenannten Zinszusatzreserve stattgefunden und die Risikotragfähigkeit gestärkt. Die Zinszusatzreserve wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Basis einer gemäß gesetzlichen Vorgabe berechneten Referenzzinssatzes von 1,57 % gebildet. Der im Vorjahr gestiegene und weiterhin vergleichsweise hohe Kapitalmarktzins hat den Ausblick auf diese Risikolage vorerst abgemildert.

Die Bruttodeckungsrückstellung bei Zusagen mit versicherungsförmigen Garantien wird einzelvertraglich unter Berücksichtigung des jeweiligen Garantiezinses berechnet. Weitere Details zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen finden sich unter den Angaben zur Bilanzierung und Bewertung.

Zum Bilanzstichtag ergab sich folgende Verteilung der konventionellen Deckungsrückstellung je Garantiezins:

| Garantiezins | Anteil an der Bruttodeckungsrückstellung |
|-------------------|--|
| 3,25 % | 35,02 % |
| 2,75 % | 48,50 % |
| 2,25 % | 5,34 % |
| Zinszusatzreserve | 11,14 % |

Das nicht-versicherungsförmige Pensionsfondsgeschäft bietet gemäß § 24 PFAV aufgrund der Kalkulation auf Basis bester Schätzwerte für Biometrie und Zins deutliche Chancen gegenüber Altersvorsorgeprodukten mit versicherungsförmiger Kalkulation, da sowohl im Niedrigzinsumfeld als auch bei steigenden Zinsen Kunden attraktivere Rechnungsgrundlagen ohne zusätzliche Sicherheiten geboten werden können. Die Kalkulation profitierte im Niedrigzinsumfeld davon, dass zusätzliche Kapitalmarktchancen kalkulatorisch berücksichtigt werden konnten und profitiert beim aktuellen Zinsanstieg davon, dass dieser kurzfristig bei der Wahl der Kalkulationsparameter berücksichtigt werden kann. Zudem ist das Pensionsfondsgeschäft in Deutschland insgesamt wachsend, so dass weiterhin Chancen auf attraktive Neugeschäftsvolumina bestehen, über die Skaleneffekte für das Geschäft der DPAG und positive Ergebnisbeiträge erwirtschaftet werden können.

Chancen und Risiken aus der Kapitalanlage

Im Bereich der Kapitalanlage wird das Ziel verfolgt, eine angemessene und risikoadjustierte Rendite zu erreichen. Hierzu findet ein systematischer und strukturierter Investmentprozess Anwendung. Dabei wird auf ein möglichst stabiles Ergebnis im Zeitablauf geachtet. Daher wird insbesondere in Bezug auf die mit der Kapitalanlage verbundenen Risiken eine konservative Ausrichtung verfolgt. Risiken in Bezug auf das Asset-Liability-Management („ALM-Risiken“) werden kontinuierlich überwacht und gesteuert.

Ein weiteres Element bei Investitionsentscheidungen ist die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialfragen sowie einer guten Unternehmensführung. So werden zum Beispiel keine Investitionen in Unternehmen vorgenommen, die geächtete Waffen wie Streubomben und Landminen produzieren, lagern, verteilen oder verkaufen. Außerdem werden keine Neuinvestitionen in Unternehmen, welche mehr als 30 % ihrer Erträge durch die Förderung von Kohle, Ölsanden und Ölschiefer erwirtschaften oder mehr als 20 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr fördern sowie solche, die mehr als 30 % ihres Stroms mit Kohle produzieren, getätigt. Generell wird bei der Analyse einzelner Investitionen nicht nur ihre finanziellen Kennzahlen, sondern auch die Leistung im Hinblick auf ESG-Faktoren betrachtet. Die Ergebnisse fließen in die Entscheidung über den Erwerb oder die Veräußerung von Vermögenswerten ein. Grundsätzlich wird über diesen Ansatz das Ziel verfolgt, jene Unternehmen zu identifizieren, die voraussichtlich langfristig nachhaltig und erfolgreich sind.

Für einen Großteil der Kapitalanlage erwachsen für die Gesellschaft keine direkten Chancen und Risiken, da die Verwaltung auf Rechnung und Risiko des Arbeitgebers erfolgt. Mittelbar sind steigende Fondskurse eine Chance, da hierüber höhere Kostenerträge erwirtschaftet werden können, während fallende Fondskurse analog ein mittelbares Risiko darstellen. Daher beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die auf Rechnung und Risiko der Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft gehaltenen Kapitalanlagen.

Die Risiken aus der Kapitalanlage lassen sich in Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken unterteilen.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko ist das Risiko einer negativen Preisänderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen zugrundeliegender Marktrisikofaktoren. Grundsätzlich wird zwischen Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Wechselkursrisiken unterschieden.

Dem Risiko wird über die Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik sowie einer ausgewogenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen und unter Anwendung moderner Asset Management-Verfahren begegnet. Zudem wird im Rahmen des Kapitalanlagemanagements eine kontinuierliche Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften sichergestellt. Auswirkungen auf den Marktwert der Kapitalanlagen werden über Szenarioanalysen sowie Stresstests modelliert. Wechselkurs- oder nennenswerte Aktienkursrisiken sind nicht vorhanden, entsprechend bestehen nahezu ausschließlich Zinsänderungsrisiken.

Die Simulation des Zinsänderungsrisikos der Kapitalanlagen anhand einer Erhöhung bzw. Absenkung der Zinskurve um jeweils absolut +/- 1 % ergibt bei einer durchschnittlichen Zinssensitivität von 8,3 %, gemessen anhand der modifizierten Duration, eine Reduktion bzw. einen Anstieg des Marktwertes der zinssensitiven Anlagen um +/- 1,5 Mio. EUR. Ein Eintreten eines solchen Szenarios liegt innerhalb der Risikotragfähigkeit und würde die Bilanz nicht signifikant gefährden.

Bonitätsrisiko

Das Bonitätsrisiko ist das Risiko einer Bonitätsverschlechterung oder eines Ausfalls eines Wertpapiers (Emission) beziehungsweise eines Schuldners (Emittenten). Die interne Betrachtung des Bonitätsrisikos bzw. der Kreditqualität beruht auf Marktratings anerkannter Ratingagenturen. Sofern mehrere und unterschiedliche Ratings vorliegen, wird das schlechtere bei zwei Ratings bzw. das mittlere bei drei Ratings verwendet.

Die Steuerung und Begrenzung des Bonitätsrisikos erfolgt über vorgegebene Anlagerichtlinien, strenge Auswahlkriterien sowie Anlagehöchstgrenzen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Durchschnittsrating der bewerteten Titel im Anleiheportfolio beträgt AA und setzt sich auf Basis der Marktwerte wie folgt zusammen:

| Rating | Anteil in % |
|----------------------|-------------|
| AAA | 49 |
| AA+, AA, AA- | 27 |
| A+, A, A- | 7 |
| BBB+, BBB, BBB- | 17 |
| Non-Investment Grade | 1 |

Der Anteil von Staats- und Länderanleihen im Anleiheportfolio beträgt dabei 84 %, gefolgt von Unternehmensanleihen mit 8 % und Pfandbriefen mit 8 %.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, den Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht gerecht werden zu können. Dem Risiko wird mit einer mittelfristigen Liquiditätsplanung begegnet,

welche für das jeweilige Geschäftsjahr eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, auf deren Basis die weitere Steuerung vorgenommen wird.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft

Hierunter wird das Risiko verstanden, dass eine ausstehende Forderung gegenüber Arbeitgebern, Versorgungsberechtigten und Vermittlern nicht vereinnahmt werden kann.

Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft unter anderem mit der systematischen Überwachung der Forderungsbestände sowie der rechtzeitigen Einleitung von Maßnahmen zur Wahrung unserer Ansprüche bei überfälligen Forderungen.

Die Forderungen gegenüber Arbeitgebern und Versorgungsberechtigten mit einer Fälligkeit älter als 90 Tage beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 11.755 EUR (Vorjahr: 11.870 EUR). Dies entspricht einer Außenstandsquote von rund 0,03 % (Vorjahr: 0,01 %) des Jahresumsatzes. Im Berichtsjahr sowie während der vorangegangenen letzten zwei Jahre ergab sich kein Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen gegenüber Arbeitgebern, Versorgungsberechtigten und Vermittlern.

Grundsätzlich besteht bei Pensionsplänen nach § 236 Abs. 2 VAG für die Trägerunternehmen die Pflicht, Beiträge gegenüber der Gesellschaft auch in der Rentenbezugsphase zu erbringen. Für den Fall, dass ein Trägerunternehmen dieser Nachschusspflicht nicht nachkommt, können biometrische Risiken im Umfang der mit den verfügbaren Mitteln versicherungsförmig garantierten Leistungen und auch entsprechende Zinsgarantierisiken auf die Gesellschaft zurückfallen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bezeichnen Risiken, die aus unzulänglichen internen Prozessen, menschlichem Handeln, Systemen oder externen Ereignissen entstehen.

Diese Risiken können zum einen originär in der Gesellschaft anfallen und zum anderen – da die Gesellschaft ihre Geschäftsprozesse im Wesentlichen ausgelagert hat – indirekt auf die Gesellschaft über die verschiedenen für sie tätigen Dienstleister einwirken. Die Gesellschaft arbeitet mit externen und Zurich-internen Dienstleistern zusammen, die ihrerseits in Teilen unmittelbar oder mittelbar mit externen Dienstleistern zusammenarbeiten können.

Insgesamt begegnet die Gesellschaft den operationellen Risiken mit einer Vielzahl eng miteinander vernetzter Instrumente und Aktivitäten des von der Gesellschaft adaptierten Rahmenwerkes der Zurich, welches sich auch auf die für die Gesellschaft tätigen Zurich-internen Dienstleister erstreckt.

Den Ausgangspunkt bilden dabei vom zentralen Risikomanagement der Zurich gesteuerte, systematische Verfahren, die regelmäßig die Identifikation, Bewertung und Steuerung von operationellen Risiken auf Ebene der für die Gesellschaft tätigen Zurich-internen Fachbereiche sowie auf Gesellschaftsebene vorsehen.

Als wesentliche Schutzvorrichtung vor operationellen Risiken dient der Gesellschaft ein internes Kontrollsystem, das eigens auf die Reduktion von Risiken ausgerichtet ist, die den Geschäfts- und Finanzprozessen grundsätzlich immanent sind. Hierbei wird auch fehlerhaften Bearbeitungen oder dolosen Handlungen vorgebeugt, z. B. durch Stichprobenkontrollen, Vier-Augen-Prinzip sowie diversen Berechtigungs- und Vollmachtenregelungen. Im Quartalsturnus erfolgt für wesentliche Prozesse eine Überprüfung durch die jeweiligen Fachbereiche hinsichtlich Angemessenheit und Effektivität der wesentlichen Kontrollen.

Ein dauerhaftes Risiko ist aufgrund der wesentlichen Ausgliederung an den externen Dienstleister Lurse gegeben. Zu den möglichen Auslösern sind hier Schwächen in der Ausgestaltung, der Qualität und der Überwachung der an Lurse ausgegliederten Prozesse zu nennen, die zu wesentlichen Auswirkungen führen könnten, sollten sie unentdeckt bleiben. Aufgrund der Bedeutung des Dienstleisters für die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft, wurden durch den Vorstand dauerhafte Kontrollmechanismen aufgestellt, die regelmäßig aktualisiert und verbessert werden.

Einen weiteren wichtigen Baustein zur Absicherung der Gesellschaft vor operationellen Risiken stellt das Business Continuity Management der Zurich dar, in das unsere Gesellschaft integriert ist. Hierbei werden zur Begegnung von Risiken aus externen Ereignissen, wie z. B. Katastrophenfällen infolge von Feuer oder Naturkatastrophen, für alle kritischen Prozesse der Gesellschaft Notfallpläne für eine möglichst baldige Wiederherstellung des Geschäftsbetriebes entwickelt. Auch regelmäßige Aktualisierungen sowie Tests dieser Pläne sollen dazu beitragen, das Risiko längerer Geschäftsunterbrechungen infolge von solchen Ereignissen zu reduzieren.

Der organisatorische Wandel in der strukturellen Aufstellung der Gesellschaft muss mit der technischen und prozessualen Entwicklung einhergehen. Die Verzögerung und/oder Beschleunigung eines der Entwicklungsstränge führt zu unausgeglichene Fortschritten, die wiederum zu Verfehlungen der Unternehmensziele führen können. Daher werden die Abhängigkeiten zwischen dem organisatorischen Wandel in der strukturellen Aufstellung der Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft und der technischen und prozessualen Entwicklung regelmäßig analysiert und überwacht.

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine isolierten Nachhaltigkeitsrisiken identifiziert. Jedoch können Risiken bezüglich der nicht fristgerechten Einhaltung von gesetzlichen oder regulatorischen Vorgaben (z. B. Datenschutzanforderungen, IT-Sicherheitsanforderungen) auch negative Auswirkungen auf die festgelegten ESG-Ziele nach sich ziehen.

Rechtsrisiken

Ferner versuchen die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft und die Zurich-internen Dienstleister die Risiken aus externen Ereignissen, zu denen sie auch Risiken aus neuen gesetzlichen Regelungen oder für sie nachteilige Auslegungen durch Gerichte zählen, durch ständige Beobachtung des Branchenumfeldes frühzeitig zu identifizieren.

Sonstige Risiken

Hierunter werden insbesondere Konzentrationsrisiken, Strategische Risiken und Reputationsrisiken verstanden. Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass die Gesellschaft einzelne Großrisiken oder stark korrelierte Risiken eingeht. Strategische Risiken sind Risiken, die sich vor allem aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergeben bzw. einen strategischen Bezug haben, wie beispielsweise das Risiko, dass Geschäftsentscheidungen nicht schnell genug einem sich verändernden Wirtschaftsumfeld angepasst werden könnten. Reputationsrisiken entstehen wiederum aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden).

Diesen sonstigen Risiken begegnet die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft mit einem regelmäßig durchgeführten Risikokontrollprozess, indem die Risiken identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, intensiv überwacht und kommuniziert werden.

Auf folgende sonstige Risiken wird hingewiesen:

- Die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft bietet auch nachhaltige bzw. ESG-konforme Kapitalanlagen an. Die mit dem Kunden festgelegten Nachhaltigkeitskriterien hinsichtlich Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung werden in den Anlagerichtlinien der jeweiligen Kapitalanlagen festgehalten. Im Rahmen der regelmäßigen Anlageausschusssitzungen zu den jeweiligen Kapitalanlagen wird die laufende Überwachung der Nachhaltigkeitskriterien aufgezeigt und bestätigt. Damit wird dem Risiko begegnet, dass sich die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft unfreiwillig an Greenwashing beteiligt.
- Die Gesellschaft muss alle geltenden IT-relevanten regulatorischen Vorgaben, insbesondere die Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT (VAIT), einhalten. Regelmäßige interne und externe Prüfungen bewerten den Stand der Compliance und geben Auskunft zu etwaigen Nachholbedarfen. Von besonderem Interesse sind die Bereiche Informationsrisikomanagement (IRM) und Berechtigungsmanagement (Identity Access Management bzw. IAM). Mit der Einhaltung der regulatorischen Anforderungen, insbesondere auch des bald umzusetzenden Digital Operational Resilience Act (DORA), begegnet die Gesellschaft den Risiken aus der Digitalisierung und Automatisierung aber auch der Ausgliederung von Prozessen.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Zusammenfassend sieht die Gesellschaft, unter Berücksichtigung der von ihr ergriffenen Maßnahmen, derzeit keine Entwicklungen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft bestandsgefährdend beeinträchtigen. Die aufgeführten Einzelrisiken betrachtet die Gesellschaft mit den auf den Weg gebrachten Maßnahmen als ausreichend abgedeckt. Die Gesellschaft beobachtet intensiv die Megatrends, wie z. B. die Digitalisierung oder die Nachhaltigkeitsziele der UN zu Umwelt- und Klimaschutz, die gesellschaftlichen Entwicklungen und die verantwortungsvolle Unternehmensführung und reagiert auf solche Herausforderungen mit unternehmerischen Maßnahmen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich keine wesentlich veränderte Risikolage unserer Gesellschaft.

Die in diesem Bericht getroffenen Aussagen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung trifft die Gesellschaft unter dem Vorbehalt, dass neben den hier aufgeführten Risiken bisher nicht prognostizierte schwerwiegende Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation auf den internationalen Finanzmärkten einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse haben können. Nicht prognostizierte Veränderungen können insbesondere aus Gesetzesänderungen resultieren.

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Solvabilität werden weiterhin erfüllt.

Prognosebericht

Deutschland – Ausblick 2024

Laut aktuellem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein starker Rückgang der Wirtschaftsleistung ausgeblieben. Für das Jahr 2024 ist mit einer langsam erholenden Gesamtwirtschaft zu rechnen, wobei es an Impulsen für einen Wachstumspfad fehlt. Trotz der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten resultierend aus dem Krieg in der Ukraine und Israel und deren wirtschaftlichen Folgen, der schwachen Entwicklung der Weltwirtschaft und den anhaltend hohen Energie- und Verbraucherpreisen, geht der Sachverständigenrat davon aus, dass das BIP im Jahr 2024 um 0,7 % wächst.

Im kommenden Jahr rechnet der Sachverständigenrat mit einer sinkenden, aber dennoch erhöhten Verbraucherpreisinflation, getrieben durch hohe Energie- und Nahrungsmittelpreise. Der Sachverständigenrat rechnet für das kommende Jahr mit einem Fall der Verbraucherpreise auf 2,6 % und ist der Ansicht, dass sich die Inflationsentwicklung normalisiert und das 2,0 % Ziel näher rückt. Es ist nach Einschätzung des Sachverständigenrates davon auszugehen, dass sich die steigenden Arbeitseinkommen und höheren monetären Sozialleistungen die privaten Konsumausgaben positiv beeinflussen werden und für einen leichten Anschlag sorgen. Für 2024 prognostiziert der Sachverständigenrat ein Wachstum von 3,1 % der real verfügbaren Einkommen und eine daraus resultierende stabilisierende privaten Konsumnachfrage. Entlastungsmaßnahmen des Staates werden überwiegend Haushalten mit niedrigem Einkommen helfen, die kaum Möglichkeiten haben, ihr Sparverhalten anzupassen. Stabilisierend werden voraussichtlich ein Rückgang der Inflationsraten und Lohnerhöhungen wirken. Trotz preisdämpfender staatlicher Maßnahmen ist damit zu rechnen, dass dies die binnenwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2024 belasten wird. Der Arbeitsmarkt wird im kommenden Jahr nach aktueller Prognose des Sachverständigenrates im Vergleich zum letzten Jahr nur noch geringfügig um 0,2 % wachsen.

Während die Risikolandschaft immer komplexer wird, bleibt der Klimawandel die übergreifende Herausforderung, die es heutzutage zu bewältigen gilt. Das Ausmaß der Herausforderung, die mit dem Klimawandel einhergehen, erfordert einen gesellschaftsübergreifenden Ansatz.

Kapitalmärkte – Ausblick 2024

Für das Jahr 2024 wird erwartet, dass die Kapitalmärkte maßgeblich durch die Politik der Zentralbanken bestimmt werden. So wurden bereits mehrere Zinssenkungen für 2024 sowohl bei der US-amerikanischen Federal Reserve (FED) als auch bei der Europäischen Zentralbank (EZB) eingepreist, was zu deutlich gefallen Zinsen und Allzeithochs an den Aktienmärkten zum Jahresende 2023 und Anfang 2024 geführt hat. Für 2024 wird ein weiterer Rückgang der Inflationsraten erwartet, allerdings könnte dies ein längerer Prozess sein, und temporäre Rückschläge sind dabei durchaus möglich. Zudem werden die aktuell noch hohen Zinsen der Zentralbanken das Wirtschaftswachstum voraussichtlich weiter bremsen, sodass die Zentralbanken, neben der Inflation, zukünftig noch stärker die wirtschaftliche Entwicklung sowie den Arbeitsmarkt im Auge behalten werden. Daher erwartet der Kapitalmarkt bereits relativ deutliche Zinssenkungen durch die FED und die EZB in 2024. Diese stark ausgeprägte Erwartungshaltung könnte allerdings auch zu steigenden Renditen und fallenden Aktienkursen führen, sollte der Zinssenkungspfad nicht so schnell wie erwartet eintreten.

Aufgrund der starken Kursentwicklung der Aktienmärkte im Jahr 2023 und der relativ hohen Bewertungen – vor allem in den USA – gehen wir im Jahr 2024 eher von seitwärts tendierenden Aktienmärkten aus, wobei europäische Aktien im Vergleich zu den USA in Bezug auf die Bewertung günstiger erscheinen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die veröffentlichten Unternehmensgewinne und Gewinnerwartungen gelegt werden, da sie Aufschluss darüber geben werden, inwiefern Unternehmen auch 2024 den hohen Zinsen, allgemein höheren Kosten und dem erwarteten Rückgang des globalen Wirtschaftswachstums trotzen können. Für 2024 erwartet die Gesellschaft leicht zurückgehende, aber weiterhin solide Unternehmensgewinne. Insgesamt geht die Gesellschaft auch weiterhin von erhöhter Volatilität an den Kapitalmärkten und besonders in den Anleihemärkten aus. Hier wird das Zinsniveau maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Arbeitsmarkt, der Inflationsentwicklung und der zugehörigen Zentralbankenreaktion abhängen.

Deutsche Versicherungswirtschaft – Ausblick 2024

Der GDV erwartet für 2024 ein Beitragswachstum von 3,8 %, rechnet jedoch mit unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen.

Auch in der Lebensversicherung werden vom GDV wie in der Schaden- und Unfallversicherung zwei gegenläufige Entwicklungen erwartet. Zum einen befördert die Zinsentwicklung die Beitragseinnahmen, da die Zinsen länger auf einem erhöhten Niveau verweilen dürften. Zum anderen ist davon auszugehen, dass die Nachholeffekte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geringer bleibt als angenommen. Wirtschaftliche Unsicherheiten, wie Reallohnverluste, in den privaten Haushalten werden weiter belastend wirken und die Menschen werden weniger Geld für die private Altersvorsorge zurücklegen. Dem entgegen steht eine erhöhte Sparneigung, welche aber zum Großteil in kurzfristige Anleihen oder Geldmarktprodukte fließen, deren Konditionen sich schnell an die gestiegenen Zinsen angepasst haben. Es wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2024 ein vorsichtiger Erholungsprozess einsetzt. Hierfür sollen insbesondere Lohnerhöhungen und die allmählich sinkende Inflationsrate sorgen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen rechnet der GDV in der Lebensversicherung mit einer leicht positiven Geschäftsentwicklung von 0,2 %. Im Einzelnen wird erwartet, dass sich die Lebensversicherungen gegen Einmalbeiträge und die Einnahmen der Pensionsfonds stabil entwickeln. Während die Einnahmen der Pensionskassen um 4 % schrumpfen dürften, ist bei Lebensversicherungen gegen laufende Beiträge mit einem geringen Rückgang von

-0,2 % zu rechnen. Der Anteil klassischer Versicherungen mit Höchstrechnungszins wird nach Schätzungen des GDV stagnieren oder weiter zurückgehen, während fondsgebundene Versicherungen ihren Anteil im Neugeschäft ausweiten dürften.

Pensionsfonds – Ausblick 2024

Der Diskontierungszinssatz für Pensionsverpflichtungen nach HGB wird mittels einer Durchschnittsbildung über das Marktzinsniveau der jeweils letzten 10 Jahre und in der Regel unter Ansatz einer pauschalen Laufzeit von 15 Jahren bestimmt. Im Jahr 2023 ergab sich ein leichter Anstieg dieses Diskontierungszinssatzes. Für 2024 wird erwartet, dass sich diese Entwicklung verstärkt fortsetzt. Daher sollte sich die Belastung durch die HGB-Rückstellungen tendenziell rückläufig entwickeln und keinen zusätzlichen Rückenwind für das Auslagerungsgeschäft darstellen. Risikominimierung und operative Entlastung rücken dadurch stärker in den Fokus. Aufgrund gestiegener Renditeerwartungen an den Finanzmärkten verringert sich der Liquiditätsbedarf zur Ausfinanzierung bestehender Pensionsverpflichtungen. Inwieweit die damit einhergehenden Bilanzeffekte sich positiv auf die Entwicklung der Beiträge für Pensionsfonds auswirkt, bleibt abzuwarten.

Dabei hat der Gesetzgeber nach wie vor entscheidenden Einfluss auf die weitere Marktentwicklung. Das Betriebsrentenstärkungsgesetz hat bislang nicht zu einem starken Aufschwung im Pensionsfondsmarkt gesorgt. Starke Impulse vom Gesetzgeber sind insbesondere vor der anstehenden Bundestagswahl 2025 nicht in Sicht. Nennenswertes Neugeschäft aus Sozialpartnermodellen erwarten wir kurzfristig nicht. Die demografische Entwicklung erhöht den Druck auf die Altersversorgungssysteme. Dies kann zu einer verstärkten Akzeptanz von Sozialpartnermodellen führen. Auch können Gesetzesänderungen oder eine veränderte Auslegung der Gesetze die Marktentwicklung erschweren oder beschleunigen.

Der Krieg in der Ukraine konnte bisher nicht beendet werden und der Nahostkonflikt könnte weiter eskalieren. Auch in vielen anderen Regionen der Welt haben sich die Spannungen verstärkt. Die gestiegene Inflation sowie die Anhebungen des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank belasten die Wirtschaft. Hinzu kommen der Fachkräftemangel, der anstehende Übergang der Babyboomer in die Altersrente sowie die großen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem nachhaltigkeitsorientierten Umbau der Wirtschaft. Die hieraus resultierenden Unsicherheiten führen zu einer spürbaren Investitionszurückhaltung, insbesondere im Segment KMU aber auch bei Großunternehmen. Dies wird auch maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der Pensionsfonds im Jahr 2024 haben.

Insgesamt ist der Markt für Pensionsfonds gemessen am Neugeschäft aufgrund seiner Größe volatil, insbesondere da wenige Großgeschäfte signifikante Schwankungen bewirken. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Krisen sowie den zahlreichen strukturellen Problemen in Deutschland kann von einem weiteren Bestandswachstum in den kommenden Jahren nicht unbedingt ausgegangen werden.

Deutscher Pensionsfonds AG – Ausblick

Die Geschäftsentwicklung in den kommenden Jahren hängt unter anderem davon ab, inwieweit der Markt – der insbesondere durch die auf die Pensionsverpflichtungen handelsbilanziellen konträren Wirkungen der steigenden Zinsen und der hohen Inflation beeinflusst ist – von der Möglichkeit der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds nach § 3 Nr. 66 EStG Gebrauch machen wird. Die Deutscher Pensionsfonds AG ist durch ihre Pensionspläne Nr. 8, 9 und 11 in diesem Segment sehr gut aufgestellt.

Um die bestehenden Pensionspläne noch attraktiver zu gestalten, fand im Jahr 2023 eine Neugestaltung der Proposition statt. Diese umfasste eine Überarbeitung des Produktangebotes mitsamt Angebotsdokumenten, Anträgen und dem damit verbundenen Marketingauftritt der Deutscher Pensionsfonds AG. Für 2024 ist die Fortsetzung der Neugestaltung der Produkte der Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft geplant, was insgesamt zu mehr Flexibilität und einer Steigerung der Attraktivität der Auslagerung auf Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft führen soll. Prozessweiterentwicklungen, Automatisierung und Digitalisierung wurden 2023 zudem vorangetrieben, sodass wir hieraus insgesamt neue Impulse für die Akquisition erwarten. In den kommenden Jahren haben wir Chancen, das Geschäftsvolumen gemessen an den Assets under Management weiter zu steigern. Unsere Neugeschäftskennziffern hängen stark von größeren Geschäftsabschlüssen ab und unterliegen dadurch einer gewissen Volatilität. Durch leicht steigende Abschlüsse im kleineren und ggfs. mittleren Segment, gehen wir für das nächste Jahr von einer geringen Erhöhung der Beitragseinnahmen, auch ohne Großabschlüsse, aus. Danach erwarten wir für die weitere Zukunft eine Verstetigung bei den Beitragseinnahmen.

Aufgrund der Entwicklung an den Kapitalmärkten ist der Referenzzinssatz zur Ermittlung der Zinszusatzreserve im vergangenen Geschäftsjahr konstant geblieben, wodurch die Zinszusatzreserve in geringem Umfang aufgelöst wurde. Für die Zukunft erwarten wir weiterhin einen konstanten oder leicht fallenden Referenzzinssatz, sodass weiterhin Auflösungen der Zinszusatzreserve sowie ansteigende Entwicklungen in der Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, die wir für eigene Rechnung halten, zu erwarten sind. Dem gegenüberstehend erwarten wir ein sinkendes Kostenergebnis, so dass wir insgesamt von einem rückläufigen Rohüberschuss, im kommenden Jahr und dann von einem leichten Wachstum ausgehen. Die Verbesserung der Solvabilitätsquote wird sich aufgrund positiver erwarteter und thesaurierter Jahresüberschüsse fortsetzen. Die Risiken, unsere Ziele nicht zu erreichen, liegen in der konjunkturellen Entwicklung, in Kapitalmarktbebewegungen, in Kostenerhöhungen (z. B. durch Inflation) und in außergewöhnlichen Risikoereignissen.

Neben dem andauernden Krieg in der Ukraine ist es auch im Nahostkonflikt zu einer militärischen Auseinandersetzung gekommen. Das weltpolitische Grundgefüge sowie die Handelsbeziehungen zwischen den Nationen werden grundlegend hinterfragt. Weitere Unsicherheiten ergeben sich aus wichtigen Wahlen, die im Jahr 2024 anstehen. Zur Bekämpfung der Inflation hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen angehoben. Dies belastet die Wirtschaft. Auch wenn von einem sogenannten Soft-Landing ausgegangen wird und es erste Anzeichen für eine erwartete Zinssenkung gibt, so ist die wirtschaftliche Lage auch im Zusammenhang mit den Sparzielen der Bundesregierung angespannt. Es bestehen daher Risiken für die Validität der getroffenen Annahmen, das Eintreffen der in diesem Lagebericht enthaltenen Prognosen für das kommende Geschäftsjahr und damit auch für die Erreichung der Planziele.

Die Gesellschaft zeichnet kein Pensionsfondsgeschäft in der Ukraine oder in Russland und hält auch keine nennenswerten Kapitalanlagen in diesen Ländern. Entsprechend ergeben sich daraus für die Gesellschaft derzeit keine direkten Risiken im Zusammenhang mit ihrem Pensionsfondsgeschäft oder ihrer Kapitalanlage. Sekundäreffekte am globalen Kapitalmarkt oder auf die volkswirtschaftliche Entwicklung würden aber auch die Gesellschaft wie alle anderen Marktteilnehmer betreffen.

Die reine Beitragszusage ist ein international erfolgreiches Modell. Dieses ist in Deutschland aktuell nur im Rahmen eines Tarifvertrages zulässig (Sozialpartnermodell). Die Zurich Gruppe Deutschland hat gemeinsam mit der Talanx Deutschland ein solches Produktangebot entwickelt. Dieses wird unter der eingetragenen Marke „Die Deutsche Betriebsrente“ bereits am Markt beworben. Es wird als Konsortium von der Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft als Konsortialführer gemeinsam mit der PB Pensionsfonds AG durchgeführt. Das entwickelte Produktmodell mit unterschiedlichen Sicherungsmechanismen und einer kollektiven Kapitalanlage hat sich auch in der hochvolatilen Kapitalmarktlage der letzten Jahre als stabil erwiesen. Bisher hat sich das Sozialpartnermodell am deutschen Markt nicht etabliert. Die Go-to-market Strategie ist in Abstimmung mit den Konsortialpartnern. Hierbei werden das Marktumfeld und die politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Die vertrieblichen Prozesse werden weiter optimiert und Ressourcen systematisch genutzt. Dabei wird vor allem auf eine intensive Schulung der Experten im Auslagerungsgeschäft gesetzt. Neue vertriebliche Ansätze und die Erschließung neuer Zielgruppen stärken die Akquisition. Basierend auf einer umfassenden Produktpalette und einer hohen Marktakzeptanz hat die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft die Chance, die positive Geschäftsentwicklung der Gesellschaft weiter fortzusetzen. Bei der weiteren Expansion werden die im Geschäftsjahr 2023 durchgeführten Prozessverbesserungen bei Angebots- und Verwaltungsservices unterstützen. Die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse können von den vorgenannten Planungen abweichen.

Vorstandserklärung

Über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde gemäß § 312 AktG berichtet. Den Bericht haben wir mit folgender Schlusserklärung versehen:

„Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, hat unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhalten. Es wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse von verbundenen Unternehmen, die die Gesellschaft benachteiligt haben, getroffen oder unterlassen.“

Köln, den 14. März 2024

Der Vorstand

Müller

Régnier

Dr. Wagener

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2023

| | Anwärter | |
|---|--------------|--------------|
| | Männer | Frauen |
| | Anzahl | Anzahl |
| I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres | 3.490 | 2.986 |
| II. Zugang während des Geschäftsjahres | | |
| 1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern | 26 | 12 |
| 2. Sonstiger Zugang | – | – |
| 3. Gesamter Zugang | 26 | 12 |
| III. Abgang während des Geschäftsjahres | | |
| 1. Tod | 4 | 3 |
| 2. Beginn der Altersrente | 138 | 81 |
| 3. Invalidität | – | – |
| 4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf | 31 | 7 |
| 5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen | 1 | – |
| 6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen | – | – |
| 7. Sonstiger Abgang | 1 | – |
| 8. Gesamter Abgang | 175 | 91 |
| IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres | 3.341 | 2.907 |
| davon: | | |
| 1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung | 1 | – |
| 2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung | 10 | 1 |
| 3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung | 2.991 | 2.772 |
| 4. beitragsfreie Anwartschaften | 3.002 | 2.774 |
| 5. in Rückdeckung gegeben | 19 | 2 |
| 6. in Rückversicherung gegeben | – | – |
| 7. lebenslange Altersrente | 3.331 | 2.904 |
| 8. Auszahlungsplan mit Restverrentung | – | – |

| Invaliden- und Altersrenten | | | Hinterbliebenenrenten | | | | | |
|-----------------------------|--------------|---------------------------------------|-----------------------|------------|-----------|------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Männer | Frauen | Summe der Jahresrenten in Tsd. EUR | Witwen | Witwer | Waisen | Summe der Jahresrenten | | |
| Anzahl | Anzahl | | Anzahl | Anzahl | Anzahl | Witwen in Tsd. EUR | Witwer in Tsd. EUR | Waisen in Tsd. EUR |
| 8.737 | 3.449 | 101.480 | 4.395 | 196 | 98 | 20.622 | 651 | 104 |
| 212 | 118 | 2.659 | 230 | 22 | 6 | 2.007 | 79 | 10 |
| 1 | – | 2.290 | – | – | – | 426 | 22 | 2 |
| 213 | 118 | 4.949 | 230 | 22 | 6 | 2.433 | 101 | 12 |
| 524 | 171 | 5.230 | 414 | 18 | 2 | 1.977 | 43 | 1 |
| – | – | – | – | – | 16 | – | – | 26 |
| 6 | – | 247 | – | – | – | – | – | – |
| – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 2 | – | 29 | – | 1 | – | 61 | 5 | – |
| 532 | 171 | 5.506 | 414 | 19 | 18 | 2.038 | 48 | 27 |
| 8.418 | 3.396 | 100.923 | 4.211 | 199 | 86 | 21.017 | 704 | 89 |
| 8.196 | 3.101 | 95.072 | | | | | | |
| 12 | 4 | 213 | 3 | – | – | 17 | – | – |
| – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 8.417 | 3.396 | 100.872 | | | | | | |
| 1 | – | 51 | | | | | | |

Informationen zu ökologischen und/oder sozialen Merkmalen

Regelmäßige Informationen zu den in Artikel 9 Absätze 1 bis 4a der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten

Eine **nachhaltige Investition** ist eine Investition in eine Wirtschaftstätigkeit, die zur Erreichung eines Umweltziels oder sozialen Ziels beiträgt, vorausgesetzt, dass diese Investition keine Umweltziele oder sozialen Ziele erheblich beeinträchtigt und die Unternehmen, in die investiert wird, Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung anwenden.

Die **EU-Taxonomie** ist ein Klassifikationssystem, das in der Verordnung (EU) 2020/852 festgelegt ist und ein Verzeichnis von **ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten** enthält. In dieser Verordnung ist kein Verzeichnis der sozial nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten festgelegt. Nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel könnten taxonomie-konform sein oder nicht.



Mit **Nachhaltigkeitsindikatoren** wird gemessen, inwieweit die nachhaltigen Ziele dieses Finanzprodukts erreicht werden.

Name des Produkts: Deutsche GPF

Unternehmenskennung (LEI-Code): 5493008OG1ZS38LR2R35

ISIN: DE000DEU1633

Nachhaltiges Investitionsziel

Wurden mit diesem Finanzprodukt nachhaltige Investitionen angestrebt?

Ja

Nein

Es wurden damit **nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel getätigt: 6,66 %**

in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

Es wurden damit **nachhaltige Investitionen mit einem sozialen Ziel getätigt: 12,40 %**

Es wurden damit **ökologische/soziale Merkmale beworben** und obwohl keine nachhaltigen Investitionen angestrebt wurden, enthielt es ___ % an nachhaltigen Investitionen

mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

mit einem sozialen Ziel

Es wurden damit ökologische/soziale Merkmale beworben, aber **keine nachhaltigen Investitionen getätigt**.

Inwieweit wurde das nachhaltige Investitionsziel dieses Finanzprodukts erreicht?

Die Gesellschaft berücksichtigte bei ihren Investmententscheidungen neben üblicher Finanzdaten insbesondere auch Nachhaltigkeitsrisiken. Diese Berücksichtigung galt für den gesamten Investitionsprozess, sowohl für die fundamentale Analyse von Investments als auch für die Entscheidung.

Bei der fundamentalen Analyse wurden ESG Kriterien insbesondere bei der unternehmensinternen Marktbeurteilung berücksichtigt.

ESG-Kriterien wurden im gesamten Investment-Research integriert. Das beinhaltete die Identifikation von globalen Nachhaltigkeitstrends, finanziell relevanten ESG-Themen und Herausforderungen. Des Weiteren wurden insbesondere Risiken, die sich aus den Folgen des Klimawandels ergeben konnten, oder Risiken, die aufgrund der Verletzung international anerkannter Richtlinien entstanden, einer besonderen Prüfung unterworfen. Zu den international anerkannten Richtlinien zählen v.a. die zehn Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen, ILO-Kernarbeitsnormen bzw. UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Um ESG-Kriterien zu berücksichtigen, nutzte die Gesellschaft vor allem eine spezielle Datenbank, in welche ESG-Daten von anderen Research-Unternehmen als auch eigene Research-Ergebnisse einfließen. Diese Datenbank teilte nach einer Analyse der Daten den Investments eine von sechs möglichen Bewertungen zu. Die Gesellschaft fokussiert sich auf die Investments, die eine der drei oberen Bewertungen erhalten haben bzw. aufgrund des Research-Ergebnisses ähnliche Bewertungen erhalten worden.

Wurde nach der ESG-integrierten Fundamentalanalyse eine Investition in ein Unternehmen getätigt, werden diese Investitionen auch unter ESG Gesichtspunkten weiter beobachtet. Zusätzlich wird ein Dialog mit den Unternehmen gesucht bezüglich einer besseren Unternehmensführung und der stärkeren Berücksichtigung von ESG-Kriterien. Dies erfolgte z.B. mit der Mitwirkung als Aktionär im Unternehmen, insbesondere durch Ausübung von Stimmrechten und anderen Aktionärsrechten. Für das vorliegende Sondervermögen basierte der ESG-Ansatz auf den Nachhaltigkeitsanforderungen unseres Kunden. Dieser ist ein Anbieter von Dienstleistungen der internationalen Zusammenarbeit, der als Bundesunternehmen die Bundesregierung dabei unterstützt, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Dabei wurden Unternehmen als nicht investierbar beurteilt, deren Geschäftsfelder in kontroversen Sektoren lagen oder deren Geschäftspraktiken gegen internationale Normen verstoßen, wobei die Details im Anforderungskatalog unseres Kunden enthalten sind. Des Weiteren galten nur Unternehmen als investierbar, die zum einen über eine qualifizierte Nachhaltigkeitsbeurteilung verfügen und die zum anderen zu den besten 40% (nach dieser Nachhaltigkeitsbeurteilung) innerhalb ihrer Region gehörten. Bei dem vorliegenden Sondervermögen wurden ferner Aktien und Anleihen aller Unternehmen ausgeschlossen, die Umsätze im Bereich fossile Energieträger und Atomenergie tätigen. Sofern sich Unternehmen auf einem bestätigten Anpassungspfad zur Erreichung der Klimaziele befinden, waren noch max. 5 % Umsätze im Bereich fossiler Energieträger zulässig. Die Prüfung erfolgte im Rahmen des Forward Looking Pathway Alignment Ratings, das auf die Daten der Science-Based-Targets initiative (SBTi) sowie Transition Pathway Initiative (TPI) zurückgreift.

Bei dieser „best in class“ Auswahl wurden Unternehmen über ihre Anlageklassen hinweg einheitlich betrachtet. Nur Unternehmen, die sowohl nach den Ausschlusskriterien zulässig waren, als auch zu den jeweilig besten ihrer Region gehörten, wurden für eine Investition zugelassen. Unternehmen, deren ESG Qualität sich dahingehend verschlechtert, dass sie nicht mehr zu den Besten der Region gehörten, werden spätestens sechs Monate nach Feststellen der Veränderung veräußert.

Für Anleihen, die von Staaten und staatsähnlichen Entitäten begeben werden, gelten entsprechende Ausschlusskriterien. Eine „best in class“ Untersuchung kommt hierbei nicht zur Anwendung.

Grundsätzlich sind Investitionen ausschließlich in Wertpapiere von Emittenten erlaubt, welche die oben genannten Kriterien erfüllen. Wertpapiere von Emittenten, für die aus prozess- oder datentechnischen Gründen unzureichende Informationen vorlagen und für die daher die Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien nicht vollumfänglich geprüft werden konnten, dürfen in ihrer Summe maximal 5% des Anlagevolumens ausmachen. Die Prüfung der Konformität mit den Nachhaltigkeitskriterien erfolgt auf Basis eines qualifizierten Nachhaltigkeitsresearchs. Die verwendeten Researchanbieter müssen ein zertifiziertes Qualitätsmanagement (z. B. nach dem Standard Arista 3.0®) aufweisen.

Es wurden keine Derivate verwendet, um die von dem Fonds beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale zu erreichen.

Der Fonds hatte keine Mindestquote für ökologisch oder sozial nachhaltige Anlagen gemäß Artikel 2 Absatz 17 SFDR festgelegt. Der Anteil an ökologisch und sozial nachhaltigen Anlagen betrug jedoch insgesamt 19,06% des Fonds-Nettovermögens.

Wie haben die Nachhaltigkeitsindikatoren abgeschnitten?

Die detaillierten Beschreibungen der verbindlichen Elemente der Anlagestrategie, die für die Auswahl der Investitionen zur Erfüllung der beworbenen ökologischen oder sozialen Ziele verwendet wurden, sowie der Bewertungsmethodik, ob und in welchem Maße Vermögensgegenstände und Indikatoren die definierten ESG-Standards erfüllten, können dem Kapitel „Welche Maßnahmen wurden während des Bezugszeitraums zur Erfüllung des nachhaltigen Investitionsziels ergriffen?“ entnommen werden.

Zur Berechnung der ESG-Kennzahlen werden für die Vermögensgegenstände die Bewertungskurse aus dem Front-Office-System genutzt, so dass es zu geringfügigen Abweichungen zu den übrigen im Jahresbericht dargestellten Kurswerten, die aus dem Fondsbuchhaltungssystem abgeleitet werden, kommen kann.

Deutsche GPF

| Indikatoren | Beschreibung | Performanz |
|-------------------------------|---|--------------------------------|
| | ISS oekom Indikatoren -Verstöße- | |
| | <ul style="list-style-type: none"> • Maßgeschneiderter Best-in-Class-Score (dient als Indikator für den Vergleich der Umwelt-, Sozial und Governance-Risiken eines Emittenten mit seiner Vergleichsgruppe): 0% • Amnesty International Status (dient als ein Indikator für Emittenten, die Todesstrafen beibehalten): 0% • Transparency International Score (dient als Indikator für Korruption im öffentlichen Sektor in verschiedenen Ländern weltweit): 0% • Kinderarbeit (dient als Indikator für potenzielle Bedenken hinsichtlich Kinderarbeit in Staaten.): 0% • Vereinigungsfreiheit (dient als Indikator für potenzielle Bedenken hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit in Staaten): 0% • Diskriminierung (dient als Indikator für potenzielle Bedenken hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit innerhalb von Staaten): 0% • Arbeitsrechte (dient als Indikator für potenzielle Bedenken hinsichtlich der Einhaltung von Arbeitsrecht innerhalb von Staaten): 0% • Pressefreiheit (dient als Indikator für potenzielle Bedenken hinsichtlich der Rede- und Pressefreiheit in Staaten): 0% • Menschenrechte (dient als Indikator für Menschenrechtsbedenken innerhalb von Staaten): 0% • German Watch Climate Change Performance Index (dient als Indikator für die Klimaschutzleistung von Staaten): 0% • Beteiligung an umstrittenen Sektoren (dient als Indikator dafür, inwieweit ein Emittent an kontroversen Sektoren und kontroversen Tätigkeiten beteiligt ist): 0% • Beteiligung an kontroversen Waffen (dient als Indikator für die Beteiligung von Unternehmen an verbotenen oder kontroversen Waffen): 0% | |
| | Nachhaltigkeitsindikatoren | |
| Norm-Bewertung A | | 21,94 % des Portfoliovermögens |
| Norm-Bewertung B | | 14,40 % des Portfoliovermögens |
| Norm-Bewertung C | | 26,11 % des Portfoliovermögens |
| Norm-Bewertung D | | 24,54 % des Portfoliovermögens |
| Norm-Bewertung E | | 1,24 % des Portfoliovermögens |
| Norm-Bewertung F | | 0,43 % des Portfoliovermögens |
| Sovereign Freedom Bewertung A | | 2,40 % des Portfoliovermögens |
| Sovereign Freedom Bewertung B | | 2,10 % des Portfoliovermögens |
| Sovereign Freedom Bewertung C | | 0 % des Portfoliovermögens |
| Sovereign Freedom Bewertung D | | 0 % des Portfoliovermögens |
| Sovereign Freedom Bewertung E | | 0 % des Portfoliovermögens |
| Sovereign Freedom Bewertung F | | 0 % des Portfoliovermögens |

Stand: 30. November 2022

Die Indikatoren für die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen (Principal Adverse Impact Indicators – PAII) werden anhand der Informationen in den DWS Backoffice- und Frontoffice-Systemen berechnet, die unter anderem auf den Daten externer ESG-Datenanbieter basieren. Falls es zu einzelnen Wertpapieren oder deren Emittenten keine Informationen über einen einzelnen PAII gibt, weil keine Daten verfügbar sind oder der Indikator auf den jeweiligen Emittenten oder das Wertpapier nicht anwendbar ist, können in einzelnen PAII-Berechnungsmethoden diese Wertpapiere oder Emittenten mit einem Wert von 0 eingehen. Bei Zielfonds erfolgt eine „Portfolio-Durchsicht“ abhängig von der Datenverfügbarkeit, unter anderem in Bezug auf die Datenaktualität der Zielfondbestände sowie der verfügbaren Informationen der zugehörigen Wertpapiere oder Emittenten. Die Berechnungsmethode für die einzelnen PAIs kann sich in späteren Berichtsperioden infolge weiterentwickelter Marktstandards, einer geänderten Behandlung bestimmter Wertpapierkategorien (wie Derivaten), eines größeren Erfassungsbereichs der Daten oder aufgrund von aufsichtsrechtlicher Klarstellungen ändern.

DWS ESG-Bewertungsskala

In den folgenden Bewertungsansätzen erhielten die Vermögensgegenstände jeweils eine von sechs möglichen Bewertungen, wobei A die beste Bewertung war und F die schlechteste Bewertung war

| Kriterium | Umstrittene Sektoren ¹ | Kontroverse Waffen | Norm-Bewertung ⁶ | ESG-Qualitäts-Bewertung | SDG-Bewertung | Klima- & Transitionsrisiko-Bewertung |
|-----------|--------------------------------------|---|--|---|--|--------------------------------------|
| A | Kein Bezug zum "kontroversen" Sektor | Kein Bezug zu kontroversen Waffen | Keine Probleme | Wahrer ESG Vorreiter (≥ 87.5 ESG Punkte) | Wahrer SDG Beiträger (≥ 87.5 SDG Punkte) | Wahrer Vorreiter (≥ 87.5 Punkte) |
| B | Entfernter Bezug | Entfernter / Nur vermuteter Bezug | Minimale Probleme | ESG Vorreiter (75–87.5 ESG Punkte) | SDG Beiträger (75–87.5 SDG Punkte) | Klimalösungen (75–87.5 Punkte) |
| C | 0% – 5% | Dual-Purpose ² | Probleme | ESG oberes Mittelfeld (50–75 ESG Punkte) | SDG oberes Mittelfeld (50–75 SDG Punkte) | Kontrolliertes Risiko (50–75 Punkte) |
| D | 5% – 10% (Kohle: 5% -15%) | Besitz ³ / Mutter ⁴ | Schwerere Probleme | ESG unteres Mittelfeld (25–50 ESG Punkte) | SDG unteres Mittelfeld (25–50 SDG Punkte) | Moderates Risiko (25–50 Punkte) |
| E | 10% – 25% (Kohle: 15% - 25%) | Hersteller einer Komponente ⁵ | Ernstere Probleme oder höchste Stufe mit Neubewertung ⁷ | ESG Nachzügler (12.5–25 ESG Punkte) | SDG Verhinderer (12.5–25 SDG Punkte) | Hohes Risiko (12.5–25 Punkte) |
| F | ≥ 25% | Hersteller Waffe | Höchste Stufe / UNGC Verletzung ⁸ | Wahrer ESG Nachzügler (0–12.5 ESG Punkte) | Signifikante SDG Verhinderer (0–12.5 SDG Punkte) | Extremes Risiko (0–12.5 Punkte) |

- (1) Umsatz-/Erlöseschwellen nach Standardschema (höhere Granularität verfügbar / Schwellen können individuell gesetzt werden)
- (2) Hierin fallen z.B. Waffentragersysteme wie Kampfflugzeuge, die neben der kontroversen auch nicht-kontroverse Waffen tragen.
- (3) Mehr als 20% Eigenkapital.
- (4) Mutterfirma, die in Waffen auf der Stufe E/F involviert ist, hält mehr als 50% Eigenkapital.
- (5) Einzweck-Komponenten.
- (6) Einschließlich KLO-Kontroversen sowie Unternehmensführung und Produktprobleme.
- (7) Bei der laufenden Bewertung berücksichtigt die DWS den Verstoß/ die Verstöße gegen internationale Standards - beobachtet anhand von Daten von ESG-Datenanbietern – aber auch mögliche Fehler von ESG-Datenanbietern, die erwarteten zukünftigen Entwicklungen dieser Verstöße sowie die Bereitschaft der Emittenten einen Dialog über diesbezügliche Unternehmensentscheidungen aufzunehmen.
- (8) Eine Bewertung der Stufe F kann als eine rückbestätigte Verletzung des UNGC angesehen werden, insb. Vorsätzliche / strukturell bedingte Verletzung in eigenen Unternehmen.

Inwiefern wurden nachhaltige Investitionsziele durch die nachhaltigen Investitionen nicht erheblich beeinträchtigt?

Der Fokus der hier zu Grunde liegenden Strategie lag nicht in der Investition in nachhaltige Investitionsziele. Vielmehr wurden hier nachhaltige Faktoren dadurch gefördert, dass kontroverse Sektoren ausgeschlossen wurden und zudem mittels eines Best-in-Class Ansatzes in die führenden Unternehmen investiert wurde.

Mangels nachhaltiger Investitionsziele wurde keine Beeinträchtigung durch nachhaltige Investitionen erzielt.

Wie wurden die Indikatoren für nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?

Der Fokus der hier zu Grunde liegenden Strategie lag nicht in der Investition in nachhaltige Investitionsziele. Vielmehr wurden hier nachhaltige Faktoren dadurch gefördert, dass kontroverse Sektoren ausgeschlossen wurden und zudem mittels eines Best-in-Class Ansatzes in die führenden Unternehmen investiert wurde.

Daher fand die DNSH-Bewertung gemäß Artikel 2 Absatz 17 SFDR für die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen aus Tabelle 1 sowie relevante Indikatoren aus Tabelle 2 und 3 in Anhang I der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1288 der Kommission zur Ergänzung der SFDR keine Anwendung.

Bei den **wichtigsten nachteiligen Auswirkungen** handelt es sich um die bedeutendsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren in den Bereichen Umwelt, Soziales und Beschäftigung, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

Stehen die nachhaltigen Investitionen mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte in Einklang?

Der Fokus der hier zu Grunde liegenden Strategie lag nicht in der Investition in nachhaltige Investitionsziele. Vielmehr wurden hier nachhaltige Faktoren dadurch gefördert, dass kontroverse Sektoren ausgeschlossen wurden und zudem mittels eines Best-in-Class Ansatzes in die führenden Unternehmen investiert wurde.

Das Verfahren zur Bewertung der Praktiken guter Unternehmensführung der Beteiligungsunternehmen basierte auf der DWS Norm-Bewertung. Dementsprechend befolgten die bewerteten Beteiligungsunternehmen Praktiken guter Unternehmensführung.

Der Abschnitt fand jedoch im Zusammenhang mit nachhaltigen Investments keine Anwendung.



Wie wurden bei diesem Finanzprodukt die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?

Das Finanzprodukt berücksichtigte zum Berichtsstichtag keine wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren aus Anhang I der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1288 der Kommission zur Ergänzung der Offenlegungsverordnung.

Die Gesellschaft wird für den Fonds ab dem 01.01.2023 die folgenden wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren aus Anhang I der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1288 der Kommission zur Ergänzung der Offenlegungsverordnung berücksichtigen:

- Engagement in Unternehmen, die im Bereich der fossilen Brennstoffe tätig sind (Nr. 4)
- Verstöße gegen die UNGC Grundsätze und gegen die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen (Nr. 10)
- Engagement in umstrittenen Waffen (Antipersonenminen, Streumunition, chemische und biologische Waffen) (Nr. 14)
- Länder, in die investiert wird, die gegen soziale Bestimmungen verstoßen (Nr. 16)

Die vorstehenden wichtigsten nachteiligen Auswirkungen wurden auf Produktebene durch die Ausschlussstrategie für die Vermögenswerte des Finanzprodukts berücksichtigt.



Was waren die Hauptinvestitionen bei diesem Finanzprodukt?

Deutsche GPF

| Größte Investitionen | Aufschlüsselung der Branchenstruktur / Emittenten | In % des durchschnittlichen Portfoliovermögens | Aufschlüsselung der Länder |
|--|---|--|----------------------------|
| Apple | Technologie | 1,6 % | Vereinigte Staaten |
| Microsoft Corp. | Technologie | 1,3 % | Vereinigte Staaten |
| Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. | Technologie | 0,8 % | Taiwan |
| Home Depot 06/16.12.36 | Renten | 0,5 % | Vereinigte Staaten |
| Lloyds Banking Group 17/11.01.27 | Renten | 0,5 % | Vereinigtes Königreich |
| Telefonica Emisiones 06/20.06.36 | Renten | 0,5 % | Spanien |
| Bank of America 13/11.01.23 MTN | Renten | 0,5 % | Vereinigte Staaten |
| UnitedHealth Group | Gesundheitswesen | 0,5 % | Vereinigte Staaten |
| JPMorgan Chase & Co. | Banken | 0,5 % | Vereinigte Staaten |
| The Home Depot | Einzelhandel | 0,5 % | Vereinigte Staaten |
| Tencent Holdings | Technologie | 0,4 % | China |
| United Parcel Service 08/15.01.38 | Renten | 0,4 % | Vereinigte Staaten |
| Morgan Stanley 15/27.01.45 | Renten | 0,4 % | Vereinigte Staaten |
| NVIDIA Corp. | Technologie | 0,4 % | Vereinigte Staaten |
| Germany 17/15.02.27 | Renten | 0,4 % | Deutschland |

für den Zeitraum vom 01. Dezember 2021 bis zum 30. November 2022

Die Liste umfasst die folgenden Investitionen, auf die **der größte Anteil der im Bezugszeitraum getätigten Investitionen** des Finanzprodukts entfiel: für den Zeitraum vom 01. Dezember 2021 bis zum 30. November 2022



Wie hoch war der Anteil der nachhaltigkeitsbezogenen Investitionen?

Der Anteil der nachhaltigkeitsbezogenen Investments betrug 96,07% des Portfoliovermögens.

Die **Vermögensallokation** gibt den jeweiligen Anteil der Investitionen in bestimmte Vermögenswerte an.

Wie sah die Vermögensallokation aus?

19,06% des Fondsvermögens wurden in nachhaltigen Investitionen (#1 Nachhaltige Investitionen) angelegt.
 80,94% des Fondsvermögens wurden in Investitionen angelegt, die nicht als nachhaltige Investitionen eingestuft wurden (#2 Nicht nachhaltige Investitionen).



In welchen Wirtschaftssektoren wurden die Investitionen getätigt?

Deutsche GPF

| Aufschlüsselung der Branchenstruktur / Emittenten | In % des Portfoliovermögens |
|---|-----------------------------|
| Aktien (Branchen): | |
| Informationstechnologie | 9,02 |
| Finanzsektor | 7,23 |
| Gesundheitswesen | 5,16 |
| Industrien | 4,10 |
| Dauerhafte Konsumgüter | 3,24 |
| Kommunikationsdienste | 2,37 |
| Hauptverbrauchsgüter | 2,36 |
| Grundstoffe | 1,37 |
| Versorger | 0,78 |
| Energie | 0,71 |
| Sonstige | 0,72 |
| Anleihen (Emittenten): | |
| Unternehmen | 31,35 |
| Sonst. Finanzierungsinstitutionen | 15,33 |
| Institute | 4,76 |
| Zentralregierungen | 3,61 |
| Sonstige öffentliche Stellen | 0,66 |
| Regionalregierungen | 0,28 |
| Beteiligung an Unternehmen, die im Bereich der fossilen Brennstoffe tätig sind | 4,38 % |

Stand: 30. November 2022

Mit Blick auf die EU-Taxonomiekonformität umfassen die Kriterien für **fossiles Gas** die Begrenzung der Emissionen und die Umstellung auf voll erneuerbare Energie oder CO₂-arme Kraftstoffe bis Ende 2035. Die Kriterien für **Kernenergie** beinhalten umfassende Sicherheits- und Abfallentsorgungsvorschriften.

Ermöglichende Tätigkeiten wirken unmittelbar ermöglichend darauf hin, dass andere Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zu den Umweltzielen leisten.

Übergangstätigkeiten sind Tätigkeiten, für die es noch keine CO₂-armen Alternativen gibt und die unter anderem Treibhausgasemissionswerte aufweisen, die den besten Leistungen entsprechen.



Inwiefern wurden nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel mit der EU-Taxonomie konform in Einklang gebracht?

Wurde mit dem Finanzprodukt in EU-taxonomiekonforme Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie investiert*?

Ja:

In fossiles Gas

In Kernenergie

Nein

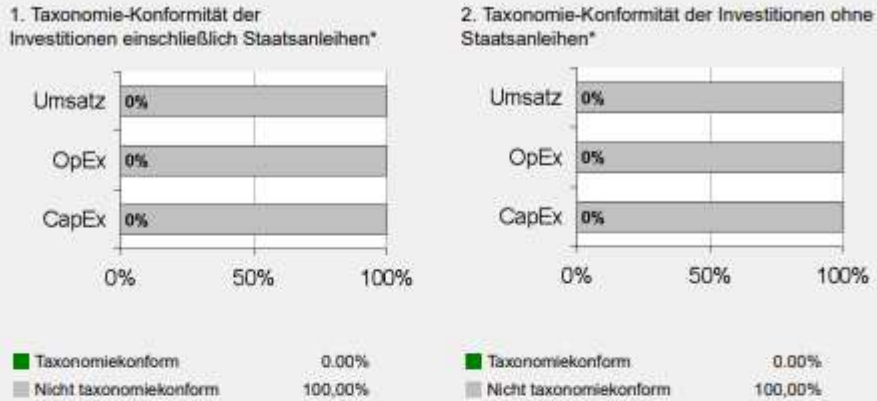
* Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie sind nur dann EU-taxonomiekonform, wenn sie zur Eindämmung des Klimawandels („Klimaschutz“) beitragen und kein Ziel der EU-Taxonomie erheblich beeinträchtigen – siehe Erläuterung am linken Rand. Die vollständigen Kriterien für EU-taxonomiekonforme Wirtschaftstätigkeiten im Bereich fossiles Gas und Kernenergie sind in der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission festgelegt.

Taxonomiekonforme Tätigkeiten, ausgedrückt durch den Anteil der:

- **Umsatzerlöse**, die den Anteil der Einnahmen aus umweltfreundlichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln.

- **Investitionsausgaben (CapEx)**, die die umweltfreundlichen Investitionen der Unternehmen, in die investiert wird, aufzeigen, z. B. für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft.
- **Betriebsausgaben (OpEx)**, die die umweltfreundlichen betrieblichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln.

Die nachstehenden Grafiken zeigen den Mindestprozentsatz der EU-Taxonomiekonformen Investitionen in Grün. Da es keine geeignete Methode zur Bestimmung der Taxonomiekonformität von Staatsanleihen* gibt, zeigt die erste Grafik die Taxonomiekonformität in Bezug auf alle Investitionen des Finanzprodukts einschließlich der Staatsanleihen, während die zweite Grafik die Taxonomiekonformität nur in Bezug auf die Investitionen des Finanzprodukts zeigt, die keine Staatsanleihen umfassen.



* Für die Zwecke dieser Diagramme umfasst der Begriff „Staatsanleihen“ alle Risikopositionen gegenüber Staaten.

Aufgrund der Spezifika des Finanzprodukts verpflichtete es sich nicht dazu, einen Mindestanteil an nachhaltigen Anlagen anzustreben, die mit einem Umweltziel gemäß der EU-Taxonomie im Einklang standen. Daher betrug der Anteil ökologisch nachhaltiger Anlagen, die mit der EU-Taxonomie konform waren, 0% des Nettovermögens des Finanzprodukts. Es konnte jedoch vorkommen, dass ein Teil der den Anlagen zugrunde liegenden Wirtschaftstätigkeiten mit der EU-Taxonomie im Einklang stand.

Wie hoch ist der Anteil der Investitionen, die in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten geflossen sind?

Der Fonds sah keinen Mindestanteil an Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten vor, da er sich nicht zu einem Mindestanteil an ökologisch nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel im Einklang mit der EU-Taxonomie verpflichtet hat.

sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel, die die Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der Verordnung (EU) 2020/852 nicht berücksichtigen.

Wie hoch war der Anteil der nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel, die nicht mit der EU-Taxonomie in Einklang gebracht wurden?

Der Fonds legte 6,66% seines Nettovermögens in ökologisch nachhaltigen Investitionen an, die nicht mit der EU-Taxonomie konform waren.

Wie hoch war der Anteil der sozial nachhaltigen Investitionen?

Der Fonds legte 12,40% seines Nettovermögens in sozial nachhaltigen Investitionen an.

Welche Investitionen fallen unter „nicht nachhaltige Investitionen“, welcher Anlagezweck wird mit ihnen verfolgt und gibt es einen ökologischen oder sozialen Mindestschutz?

Der restliche Teil des Fondsvermögens wurde in Anlagen investiert, mit denen nicht das nachhaltige Investitionsziel verfolgt wurde (# 2 Nicht nachhaltige Investitionen). Diese anderen Anlagen konnten alle in der jeweiligen Anlagepolitik vorgesehenen Anlageklassen, einschließlich Barmitteln und Derivaten, umfassen.

Die anderen Anlagen konnten von dem Portfoliomanagement insbesondere für Liquiditäts- und/oder Absicherungszwecke genutzt werden. Der Anteil und die Verwendung der als nicht nachhaltig eingestuft Anlagen hatten keinen Einfluss auf die Erreichung des nachhaltigen Investitionsziels, da sie im Hinblick auf dieses Ziel neutral waren. Dieser Fonds berücksichtigte bei den anderen Anlagen keine ökologischen oder sozialen Mindestschutzmaßnahmen.



Welche Maßnahmen wurden während des Bezugszeitraums zur Erfüllung des nachhaltigen Investitionsziels ergriffen?

Die Gesellschaft berücksichtigte bei ihren Investmententscheidungen neben üblicher Finanzdaten insbesondere auch Nachhaltigkeitsrisiken. Diese Berücksichtigung galt für den gesamten Investitionsprozess, sowohl für die fundamentale Analyse von Investments als auch für die Entscheidung.

Bei der fundamentalen Analyse wurden ESG Kriterien insbesondere bei der unternehmensinternen Marktbeurteilung berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden ESG-Kriterien im gesamten Investment-Research integriert. Das beinhaltete die Identifikation von globalen Nachhaltigkeitstrends, finanziell relevanten ESG-Themen und Herausforderungen. Des Weiteren wurden insbesondere Risiken, die sich aus den Folgen des Klimawandels ergeben konnten, oder Risiken, die aufgrund der Verletzung international anerkannter Richtlinien entstanden, einer besonderen Prüfung unterworfen. Zu den international anerkannten Richtlinien zählen v.a. die zehn Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen, ILO-Kernarbeitsnormen bzw. UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Um ESG-Kriterien zu berücksichtigen, nutzte die Gesellschaft vor allem eine spezielle Datenbank, in welche ESG-Daten von anderen Research-Unternehmen als auch eigene Research-Ergebnisse einfließen. Diese Datenbank teilte nach einer Analyse der Daten den Investments eine von sechs möglichen Bewertungen zu. Die Gesellschaft fokussiert sich auf die Investments, die eine der drei oberen Bewertungen erhalten haben bzw. aufgrund des Research-Ergebnisses ähnliche Bewertungen erhalten worden.

Wurde nach der ESG-integrierten Fundamentalanalyse eine Investition in ein Unternehmen getätigt, werden diese Investitionen auch unter ESG Gesichtspunkten weiter beobachtet. Zusätzlich wird ein Dialog mit den Unternehmen gesucht bezüglich einer besseren Unternehmensführung und der stärkeren Berücksichtigung von ESG-Kriterien. Dies erfolgte z.B. mit der Mitwirkung als Aktionär im Unternehmen, insbesondere durch Ausübung von Stimmrechten und anderen Aktionärsrechten. Für das vorliegende Sondervermögen basierte der ESG-Ansatz auf den Nachhaltigkeitsanforderungen unseres Kunden. Dabei wurden Unternehmen als nicht investierbar beurteilt, deren Geschäftsfelder in kontroversen Sektoren lagen oder deren Geschäftspraktiken gegen internationale Normen verstoßen, wobei die Details im Anforderungskatalog unseres Kunden enthalten sind. Des Weiteren galten nur Unternehmen als investierbar, die zum einen über eine qualifizierte Nachhaltigkeitsbeurteilung verfügen und die zum anderen zu den besten 40% (nach dieser Nachhaltigkeitsbeurteilung) innerhalb ihrer Region gehörten. Bei dem vorliegenden Sondervermögen wurden ferner Aktien und Anleihen aller Unternehmen ausgeschlossen, die Umsätze im Bereich fossile Energieträger und Atomenergie tätigen. Sofern sich Unternehmen auf einem bestätigten Anpassungspfad zur Erreichung der Klimaziele befinden, werden noch max. 5 % Umsätze im Bereich fossiler Energieträger zugelassen. Die Prüfung erfolgte im Rahmen des Forward Looking Pathway Alignment Ratings, das auf die Daten der Science-Based-Targets initiative (SBTi) sowie Transition Pathway Initiative (TPI) zurückgreift.

Bei dieser „best in class“ Auswahl wurden Unternehmen über ihre Anlageklassen hinweg einheitlich betrachtet. Nur Unternehmen, die sowohl nach den Ausschlusskriterien zulässig waren, als auch zu den jeweilig besten ihrer Region gehörten, wurden für eine Investition zugelassen. Unternehmen, deren ESG Qualität sich dahingehend verschlechtert, dass sie nicht mehr zu den Besten der Region gehörten, werden spätestens sechs Monate nach Feststellen der Veränderung veräußert.

Für Anleihen, die von Staaten und staatsähnlichen Entitäten begeben werden, gelten entsprechende Ausschlusskriterien. Eine „best in class“ Untersuchung kommt hierbei nicht zur Anwendung.

Grundsätzlich sind Investitionen ausschließlich in Wertpapiere von Emittenten erlaubt, welche die oben genannten Kriterien erfüllen. Wertpapiere von Emittenten, für die aus prozess- oder datentechnischen Gründen unzureichende Informationen vorlagen und für die daher die Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien nicht vollumfänglich geprüft werden konnten, dürfen in ihrer Summe maximal 5% des Anlagevolumens ausmachen. Die Prüfung der Konformität mit den Nachhaltigkeitskriterien erfolgt auf Basis eines qualifizierten Nachhaltigkeitsresearchs. Die verwendeten Researchanbieter müssen ein zertifiziertes Qualitätsmanagement (z. B. nach dem Standard Arista 3.0®) aufweisen.



Bei den **Referenzwerten** handelt es sich um Indizes, mit denen gemessen wird, ob das nachhaltige Investitionsziel des Finanzprodukts erreicht wird.

Wie hat dieses Finanzprodukt im Vergleich zum Nachhaltigkeitsreferenzwert abgeschnitten?

Dieser Fonds hatte keinen Referenzwert für die Erreichung des nachhaltigen Investitionsziels bestimmt.

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva

| | EUR | EUR | EUR | 2023 EUR | 2022 EUR |
|--|-----------|------------|---------------|----------------------|---------------|
| A. Kapitalanlagen | | | | | |
| I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen | | | | | |
| 1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | | | 750.000 | | 500.000 |
| II. Sonstige Kapitalanlagen | | | | | |
| 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | 1.079 | | | 4.206 |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | 12.246.382 | | | 12.319.970 |
| 3. Sonstige Ausleihen | | | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 1.600.000 | | | | 1.600.000 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen | 5.642.928 | | | | 5.730.497 |
| | | 7.242.928 | | | 7.330.497 |
| 4. Einlagen bei Kreditinstituten | | 59.133 | | | 85.981 |
| | | | 19.549.522 | | 19.740.655 |
| | | | | 20.299.522 | 20.240.655 |
| B. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern | | | | | |
| I. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern | | | 1.752.880.049 | | 1.714.740.395 |
| II. Sonstiges Vermögen | | | 7.016.085 | | 5.065.033 |
| | | | | 1.759.896.134 | 1.719.805.428 |
| C. Forderungen | | | | | |
| I. Forderungen aus dem Pensionsgeschäft an: Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte | | | 71.984 | | 15.493 |
| II. Sonstige Forderungen | | | 279.980 | | 445.344 |
| davon: gegenüber verbundenen Unternehmen | | | | | |
| 5.359,22 EUR (Vj.: 8.567,13 EUR) | | | | 351.965 | 460.837 |
| D. Sonstige Vermögensgegenstände | | | | | |
| I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand | | | 370.114 | | 100.566 |
| II. Andere Vermögensgegenstände | | | 42.898 | | 22.265 |
| | | | | 413.012 | 122.831 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | | |
| I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten | | | 291.356 | | 296.003 |
| II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | | | 183.235 | | 224.494 |
| | | | | 474.591 | 520.497 |
| F. Aktive latente Steuern | | | | 257 | 531 |
| Summe der Aktiva | | | | 1.781.435.481 | 1.741.150.778 |

Passiva

| | EUR | 2023 EUR | 2022 EUR |
|---|---------------|---------------|---------------|
| A. Eigenkapital | | | |
| I. Gezeichnetes Kapital | | 3.000.000 | 3.000.000 |
| II. Kapitalrücklage | 2.000.000 | | 2.000.000 |
| III. Gewinnrücklagen | | | |
| gesetzliche Rücklage | 259.231 | | 246.339 |
| IV. Bilanzgewinn | 7.506.387 | | 7.261.425 |
| davon Gewinnvortrag | | | |
| 7.261.425 EUR (Vj.: 6.706.815 EUR) | | 9.765.618 | 9.507.764 |
| B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen | | | |
| I. Deckungsrückstellung | 6.959.024 | | 6.865.469 |
| II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle | 49.624 | | 102.625 |
| III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung | 129.435 | | 132.637 |
| | | 7.138.082 | 7.100.732 |
| C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern | | | |
| I. Deckungsrückstellung | 1.759.810.482 | | 1.719.726.893 |
| II. Übrige pensionsfondstechnische Rückstellungen | 85.652 | | 78.535 |
| | | 1.759.896.134 | 1.719.805.428 |
| D. Andere Rückstellungen | | | |
| I. Steuerrückstellungen | 72.086 | | 423.433 |
| II. Sonstige Rückstellungen | 322.182 | | 670.064 |
| | | 394.268 | 1.093.497 |

| Fortsetzung | EUR | 2023 EUR | 2022 EUR |
|--|---------|----------------------|---------------|
| E. Andere Verbindlichkeiten | | | |
| I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsgeschäft gegenüber: | | | |
| Arbeitgebern | 589.195 | | 538.665 |
| II. Verbindlichkeiten gegenüber Lebensversicherungsunternehmen | 280 | | 2.446 |
| davon: gegenüber verbundenen Unternehmen | | | |
| 280 EUR (Vj.: 2.446 EUR) | | | |
| III. Sonstige Verbindlichkeiten | 651.904 | | 102.246 |
| davon: aus Steuern | | | |
| - EUR (Vj.: - EUR) | | | |
| davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit | | | |
| - EUR (Vj.: 4.025 EUR) | | | |
| davon: gegenüber verbundenen Unternehmen | | | |
| 630.384 EUR (Vj.: 77.269 EUR) | | | |
| | | 1.241.378 | 643.357 |
| Summe der Passiva | | 1.781.435.481 | 1.741.150.778 |

Bestätigungsvermerk des Verantwortlichen Aktuars:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B. I. und C. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 240 Satz 1 Nummer 10 bis 12 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Köln, den 29. Januar 2024

Hendrik Germann
Verantwortlicher Aktuar

Bestätigungsvermerk des Treuhänders:

Gemäß § 128 Abs. 5 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Köln, den 13. März 2024

Gero Tuchan
Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

| | EUR | 2023 EUR | 2022 EUR |
|---|-------------|--------------------|-------------|
| I. Pensionsfondstechnische Rechnung | | | |
| 1. Verdiente Beiträge | | | |
| Gebuchte Beiträge | | 33.631.002 | 115.167.931 |
| 2. Erträge aus Kapitalanlagen | | | |
| a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen | 23.328.812 | | 21.065.033 |
| davon: aus verbundenen Unternehmen | | | |
| 16.576 EUR (Vj.: 1.516 EUR) | | | |
| b) Erträge aus Zuschreibungen | - | | - |
| c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen | 24.013 | | 14.362 |
| | | 23.352.825 | 21.079.396 |
| 3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen | | 119.269.393 | 2.394.991 |
| 4. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge | | 273 | 3.580.377 |
| 5. Aufwendungen für Versorgungsfälle | | | |
| a) Zahlungen für Versorgungsfälle | 127.687.751 | | 125.705.626 |
| b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle | -53.002 | | 19.290 |
| | | 127.634.749 | 125.724.915 |
| 6. Veränderungen der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen | | | |
| a) Deckungsrückstellung | -40.177.143 | | 373.634.156 |
| b) Sonstige pensionsfondstechnische Rückstellungen | -7.117 | | 22.552 |
| | | -40.184.261 | 373.656.708 |
| 7. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb | | | |
| a) Abschlussaufwendungen | 1.647.265 | | 1.489.672 |
| b) Verwaltungsaufwendungen | 1.161.764 | | 1.296.927 |
| | | 2.809.029 | 2.786.599 |
| 8. Aufwendungen für Kapitalanlagen | | | |
| a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen | 326.784 | | 327.391 |
| b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen | 10 | | 75 |
| c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen | 26.609 | | 8.446 |
| | | 353.403 | 335.911 |
| 9. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen | | 2.464.084 | 387.014.969 |
| 10. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen | | 2.986.801 | 26.769 |
| 11. Pensionsfondstechnisches Ergebnis | | -178.833 | -9.762 |

| Fortsetzung | EUR | 2023 EUR | 2022 EUR |
|---|-----------|------------------|-----------|
| II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung | | | |
| 1. Sonstige Erträge | 1.492.322 | | 1.459.575 |
| 2. Sonstige Aufwendungen | 875.075 | 617.247 | 634.286 |
| | | | 825.289 |
| 3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | 438.414 | 815.527 |
| 4. Außerordentliche Aufwendungen | 3.947 | | 323 |
| 5. Außerordentliches Ergebnis | | -3.947 | -323 |
| 6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | -176.338 | | -231.935 |
| 7. Sonstige Steuern | -274 | | 531 |
| | | -176.612 | -231.404 |
| 8. Jahresüberschuss | | 257.855 | 583.800 |
| 9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | | 7.261.425 | 6.706.815 |
| 10. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die gesetzliche Rücklage | | -12.893 | -29.190 |
| 11. Bilanzgewinn | | 7.506.387 | 7.261.425 |

Anhang

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Die Angaben im Geschäftsbericht erfolgen generell auf Euro gerundet. Rundungsdifferenzen werden billigend in Kauf genommen.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, VAG, AktG und den für Pensionsfondsunternehmen geltenden Sondervorschriften aufgestellt.

Die Bewertung der kurzfristigen Ausleihungen erfolgte zum Nominalwert.

Für Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 und 5 HGB nach den Vorschriften für die Bewertung des Umlaufvermögens mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Sich ergebende Agien wurden linear über die Restlaufzeit amortisiert. Bei den Inhaberschuldverschreibungen ohne Endfälligkeit wurde das Agio im Geschäftsjahr über die Zinsbindungsfrist amortisiert. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorlag, wandten wir systematische Methoden gemäß IDW RS VFA 2 an. Indizien für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung waren u. a. der Umfang und die Dauer der Wertminderung. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der Abschreibungsbetrag im Rahmen einer Einzelfallprüfung festgelegt. Die Deutscher Pensionsfonds AG hat bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauernden Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen von Ratings herangezogen. Die stillen Lasten stellten nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB keine voraussichtlich dauernde Wertminderung dar. Daher waren außerplanmäßige Abschreibungen nicht erforderlich. Die Gesellschaft rechnete aufgrund der Bonität der Emittenten nicht mit Zahlungsausfällen.

Namenschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag abzüglich Tilgungen bewertet. Agiobeträge wurden aktiv abgegrenzt und linear auf die Laufzeit verteilt. Das Verfahren zur Ermittlung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich/abzüglich der kumulierten Amortisation eines Unterschiedsbetrages zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Verfahren zur Ermittlung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nominalwert.

Bei den Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurden die Investmentanteile mit den Rücknahmepreisen am Bewertungsstichtag bewertet. Die Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen wurden gemäß § 341b Abs. 4 HGB mit dem Deckungskapital angesetzt.

Die Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft sowie alle übrigen Forderungen wurden mit den Nominalbeträgen eingestellt.

Vorräte wurden zu Anschaffungskosten unter Anwendung des Durchschnittsbewertungsverfahrens angesetzt.

Das gezeichnete Kapital, die Kapitalrücklage und die Gewinnrücklagen im Eigenkapital werden zum Nennwert angesetzt.

Die Deckungsrückstellung für Verträge mit einer versicherungsförmigen Garantie (fondsgebundene Rentenversicherungen mit Beitragsgarantie im Rentenbezug) ist unter Beachtung der Bestimmungen nach § 341f Abs. 1 Satz 1 HGB und der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) nach einer prospektiven Methode und einzelvertraglich berechnet worden. Bei den verwendeten Rechnungsgrundlagen handelt es sich um die Sterbetafeln DAV 2004 R-B 19/20, also den um neunzehn Zwanzigstel linear interpolierten Wert zwischen der Deckungsrückstellung auf Basis der Tafel DAV 2004R-Bestand und der auf Basis der Tafel DAV 2004 R-B20, bzw. DAV 2004 R und einem Rechnungszins von 3,25 % bzw. 2,25 %. Zusätzlich wurde für die Verträge aller Rechnungszinsgenerationen eine Zinszusatzreserve auf Basis eines Referenzzins von 1,57 % gestellt. Für fondsgebundene Rentenversicherungen mit Beitragsgarantie in der Aufschubzeit stellt das Guthaben mit konventioneller und fondsgebundener Komponente einen reinen Ansparvorgang ohne Biometrie dar. Die Verzinsung des konventionellen Guthabens erfolgt mit einem Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % bzw. 2,25 %. Für den fondsgebundenen Teil der Pensionspläne erfolgt die Berechnung der Deckungsrückstellung gemäß § 341f Abs. 1 Satz 2 HGB und der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung nach einer retrospektiven Methode.

Die Rechnungszinsen für das Feststellungsverfahren für die Zusagen ohne versicherungsförmige Garantien vor Beginn des Rentenbezugs bestimmen sich gemäß den im Bestand befindlichen Vermögenswerten unter Berücksichtigung von angemessenen Sicherheitsspannen.

Die Deckungsrückstellung enthält auch die Verwaltungskostenrückstellung für die beitragsfreie Zeit.

Der Schlussüberschussanteilfonds wurde gemäß den Bestimmungen des § 15 RechPensV einzelvertraglich und retrospektiv berechnet.

Das sonstige Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern beinhaltet kurzfristig eingegangene Beiträge sowie Forderungen zu nicht versicherungsförmigen Pensionsplänen, die zum Bilanzstichtag noch nicht für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern angelegt werden konnten.

Die unter dem Posten „C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ ausgewiesene Deckungsrückstellung zu nichtversicherungsförmigen Pensionsplänen wurde mit modifizierten bzw. den Original-Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinses für den Pensionsplan 8 von 4,20 % bzw. 4,30 %, für den Pensionsplan 8 mit Rückdeckungsversicherung von 0,90 %, 1,25 %, 1,75 % bzw. 2,25 %, für den Pensionsplan 9 von 3,30 %, 3,60 % bzw. 4,80 % und für den Pensionsplan 11 von 3,90 %, 4,10 %, 4,70 % bzw. 5,30 % berechnet.

Der Wert der „Pensionsfondstechnischen Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ entspricht insgesamt den Zeitwerten der korrespondierenden Aktiva.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Dabei wurden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Vorstehend nicht einzeln aufgeführte Aktiva und Passiva wurden mit dem Nominalwert bzw. Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Zurich Gruppe ist aktuell dabei, die steuerrechtlichen Auswirkungen infolge der Umsetzung der OECD-Initiative zur globalen Mindestbesteuerung (BEPS 2.0 Pillar 2; Umsetzung in Deutschland durch das Inkrafttreten des am 27. Dezember 2023 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Mindeststeuergesetzes; „MinStG“) auf allen Ebenen zu prüfen und zu analysieren.

Die Zurich Gruppe fällt in den Geltungsbereich der erlassenen oder materiell-rechtlich umgesetzten Rechtsvorschriften. Die in Deutschland belegenen Geschäftseinheiten sind Teil der Mindeststeuergruppe gemäß § 3 Abs. 1 MinStG. Die Geschäftseinheiten der deutschen Mindeststeuergruppe unterliegen der deutschen nationalen Ergänzungssteuer gemäß der §§ 90 ff. MinStG. Eine erstmalige Steuerentstehung ist frühestens im Geschäftsjahr 2024 möglich. Aktuell gehen wir nicht davon aus, dass für die Zurich Gruppe in Deutschland eine Ergänzungssteuer entsteht. Die Regelungen des § 274 Abs. 3 HGB, wonach Differenzen aus der Anwendung des Mindeststeuergesetzes und entsprechender ausländischer Mindeststeuergesetze bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern nicht zu berücksichtigen sind, werden bei der Ermittlung angewendet.

Angaben zur Bilanz

Entwicklung der im Aktivposten A. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2023

| Aktivposten | Bilanzwerte 31.12.2022 EUR | Zugänge EUR |
|--|----------------------------------|------------------|
| A. Sonstige Kapitalanlagen | | |
| 1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 500.000 | 250.000 |
| 2. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 4.206 | 359.101 |
| 3. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 12.319.970 | 490.248 |
| 4. Sonstige Ausleihungen | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 1.600.000 | – |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen | 5.730.497 | 4.133 |
| 5. Einlagen bei Kreditinstituten | 85.981 | – |
| Summe | 20.240.654 | 1.103.482 |

Entwicklung der im Aktivposten B.I. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2023

| Kapitalanlagearten | Bilanzwerte 31.12.2022 EUR | Zugänge EUR |
|--|----------------------------------|--------------------|
| B.I. Sonstige Kapitalanlagen | | |
| 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 1.703.982.791 | 253.694.569 |
| 2. Versicherungsverträge bei Lebensversicherungsunternehmen | 10.757.604 | 2.346 |
| Summe | 1.714.740.395 | 253.696.915 |

| Umbuchungen | Abgänge | Zuschreibungen | Abschreibungen | Bilanzwerte 31.12.2023 |
|-------------|------------------|----------------|----------------|---------------------------|
| EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| - | - | - | - | 750.000 |
| - | 362.219 | - | 9 | 1.079 |
| - | 563.836 | - | - | 12.246.382 |
| - | - | - | - | 1.600.000 |
| - | 91.703 | - | - | 5.642.927 |
| - | 26.848 | - | - | 59.133 |
| - | 1.044.606 | - | 9 | 20.299.521 |

| Umbuchungen | Abgänge | Nicht realisierte Gewinne | Nicht realisierte Verluste | Bilanzwerte 31.12.2023 |
|-------------|--------------------|------------------------------|-------------------------------|---------------------------|
| EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| - | 331.426.822 | 119.035.606 | 2.197.550 | 1.743.088.594 |
| - | 935.748 | 233.787 | 266.534 | 9.791.456 |
| - | 332.362.570 | 119.269.393 | 2.464.084 | 1.752.880.049 |

Zeitwert der Kapitalanlagen

| Aktivposten | Bilanzwerte | | Zeitwerte | |
|--|-------------|---------------|------------|---------------|
| | 31.12.2023 | | 31.12.2022 | |
| | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR |
| Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 750 | 750 | 500 | 500 |
| Investmentanteile | 1 | 1 | 4 | 4 |
| Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 12.246 | 11.563 | 12.320 | 11.015 |
| Namensschuldverschreibungen | 1.600 | 1.740 | 1.600 | 1.683 |
| Schuldscheinforderungen und Darlehen | 5.643 | 4.870 | 5.730 | 4.675 |
| Einlagen bei Kreditinstituten | 59 | 59 | 86 | 86 |
| Summe | 20.300 | 18.984 | 20.240 | 17.964 |
| Unterschied zum Bilanzwert | | -1.316 | | -2.276 |

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden die Zeitwerte anhand der Börsenkurse am Stichtag ermittelt.

Für die Zeitwerte der Investmentanteile wurden Rücknahmepreise angesetzt.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Grundlage unterschiedlicher Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität, nach einem finanzmathematischen Bewertungsverfahren.

Bei den Einlagen bei Kreditinstituten und kurzfristigen Ausleihungen wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug 20,5 Mio. EUR (Vorjahr: 20,5 Mio. EUR). Der Zeitwert dieser Anlagen belief sich auf 19,0 Mio. EUR (Vorjahr: 18,0 Mio. EUR), so dass sich ein negativer Saldo in Höhe von 1,5 Mio. EUR (Vorjahr: 2,5 Mio. EUR) ergab.

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen entsprechend § 36 RechPensV i. V. m. § 54 und § 56 RechVersV betrug 16,4 Mio. EUR (Vorjahr: 15,7 Mio. EUR).

Der Zeitwert der zum Nennwert ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 1,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1,7 Mio. EUR).

Die Buchwerte der Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB bilanziert wurden, betragen 12,3 Mio. EUR (Vorjahr: 12,3 Mio. EUR).

Für die zu den Kapitalanlagen gehörenden Finanzinstrumente, für welche die Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB unterblieben ist, betrug der Buchwert 13,7 Mio. EUR (Vorjahr: 14,5 Mio. EUR); der Zeitwert betrug 11,6 Mio. EUR (Vorjahr: 11,7 Mio. EUR). Die Abschreibung ist unterblieben, da die Wertminderungen nicht als dauernd eingeschätzt wurden. Wir erachten die Wertminderung als zinsinduziert und nicht bonitätsinduziert.

Dadurch waren im laufenden Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 2,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,8 Mio. EUR) nicht erforderlich.

| Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern | Zusammensetzung | Tageswert | Anteil- | Wert je |
|--|--|-------------------------|----------------|---------------|
| | | 31.12.2023 | einheiten | Anteileinheit |
| | | EUR | Stück | EUR |
| | DEAM-Fonds Deutsche GPF Spezialfonds | 531.120.565,24 | 46.753.570,884 | 11,36 |
| | DEAM-Fonds DBV 1 Spezialfonds | 81.217.314,13 | 445.368,031 | 182,36 |
| | DEAM-Fonds DPAG1 Spezialfonds | 207.729.923,73 | 15.954.679,242 | 13,02 |
| | DEAM-Fonds RKM 1 Spezialfonds | 57.666.834,56 | 5.062.935,431 | 11,39 |
| | DEAM-Fonds SGPF Spezialfonds | 456.190.226,44 | 37.209.643,266 | 12,26 |
| | DWS ESG Akkumula LC | 1.139.754,06 | 631,306 | 1.805,39 |
| | DWS ESG Dynamic Opportunities LC | 5.879,81 | 103,682 | 56,71 |
| | DWS ESG Investa LD | 152.808,04 | 788,117 | 193,89 |
| | DWS ESG Top World | 95.158,45 | 573,555 | 165,91 |
| | DWS Euro Bond Fund LD | 1.321.002,48 | 84.897,332 | 15,56 |
| | DWS Eurorenta | 64.777,38 | 1.359,156 | 47,66 |
| | DWS Global Growth LD | 443.450,33 | 2.226,045 | 199,21 |
| | DWS Strategic ESG Allocation Balance NC | 65.837.216,59 | 561.607,239 | 117,23 |
| | DWS Strategic ESG Allocation Defensive LC | 25.370.483,91 | 237.729,422 | 106,72 |
| | DWS Strategic ESG Allocation Dynamic LC | 40.024.960,86 | 293.825,876 | 136,22 |
| | DWS Top Europe LD | 456.148,33 | 2.428,776 | 187,81 |
| | DWS Top Portfolio Offensiv LC | 9.223,92 | 112,405 | 82,06 |
| | DWS Vermoögensbildungsfonds I LD | 1.331.243,27 | 5.011,834 | 265,62 |
| | DWS-Fonds ZDV EVO | 188.698.892,07 | 18.373.796,695 | 10,27 |
| | grundbesitz europa RC | 7.258,52 | 188,289 | 38,55 |
| | ZDV Alternative Investment | 34.524.162,69 | 4.989.040,854 | 6,92 |
| | ZDV-Immo Fonds | 49.681.308,88 | 3.525.997,792 | 14,09 |
| | Versicherungsverträge bei Lebensversicherungsunternehmen davon: aus verbundenen Unternehmen: 8.291.521,52 EUR | 9.791.455,54 | | |
| | Summe | 1.752.880.049,23 | | |

Sonstiges Vermögen Bei diesem Posten handelt es sich um Forderungen aus Vorauszahlungen auf Pensionsfondsleistungen, noch nicht angelegten Beiträgen sowie Beitragsforderungen zur Anlage auf Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Darüber hinaus sind in diesem Posten Forderungen aus Unterdeckungen des Sicherungsvermögens in Höhe von 35,3 Tsd. EUR gegenüber Trägerunternehmen enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände In diesem Posten befinden sich ausschließlich vorausgezahlte Versorgungsfälle.
– andere –

| Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | | 2023 EUR | 2022 EUR |
|-------------------------------------|--------------------------------------|----------|----------|
| – aktive – | Unterschiedsbetrag: | | |
| | Agio auf Namensschuldverschreibungen | 183.235 | 224.494 |

Aktive latente Steuern Der Bestand an aktiven latenten Steuern resultiert aus steuerlichen Bewertungsunterschieden bei der Abzinsung auf Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Der Bewertung ist ein Steuersatz von 32,50 % zu Grunde gelegt worden.

| Eigenkapital | 01.01.2023 EUR | Veränderung 2023 | 31.12.2023 EUR |
|---|-------------------|---------------------|-------------------|
| I. Eingefordertes Kapital | | | |
| Gezeichnetes Kapital | 3.000.000 | – | 3.000.000 |
| II. Kapitalrücklage | 2.000.000 | – | 2.000.000 |
| III. Gewinnrücklagen gesetzliche Rücklage | 246.339 | 12.893 | 259.231 |
| IV. Bilanzgewinn | 7.261.425 | 244.962 | 7.506.387 |
| | 12.507.764 | 257.855 | 12.765.618 |

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 3.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1 EUR je Stückaktie.

Bei der Kapitalrücklage handelt es sich um eine Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB.

Die Anteile unserer Gesellschaft werden zu 74,9 % von der DEUTSCHER HEROLD AG, Köln, und zu 25,1 % von der DWS Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main, gehalten.

| | | 2023 EUR | 2022 EUR |
|--|-------------------------------------|----------|----------|
| Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung – erfolgsabhängig – | Stand zu Beginn des Geschäftsjahres | 132.637 | 138.867 |
| | Entnahme im Geschäftsjahr | 6.405 | 6.230 |
| | Zuführung im Geschäftsjahr | 0 | 0 |
| | Stand am Ende des Geschäftsjahres | 129.435 | 132.637 |

Hiervon sind für bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile 3.897 EUR festgelegt. Darüber hinaus sind für später fällig werdende Schlussüberschussanteile 59.856 EUR gebunden.

| | |
|--|---|
| Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern | Die in diesem Posten ausgewiesene Deckungsrückstellung beträgt als mindestens zu bildende Deckungsrückstellung gemäß der aufgrund des § 240 VAG erlassenen Vorschrift 1.209 Mio. EUR. |
|--|---|

| | 2023 EUR | 2022 EUR |
|------------------------------|----------|----------|
| Andere Rückstellungen | | |
| Steuerrückstellungen | 72.086 | 423.433 |

Die Steuerrückstellung betrifft die Gewerbesteuer für das Jahr 2023.

| | 2023 EUR | 2022 EUR |
|--|----------|----------|
| Andere Rückstellungen -sonstige- | | |
| Erstellung, Prüfung und Veröffentlichung Jahresabschluss | 107.400 | 131.800 |
| Rechts- und Beratungskosten / Prozesskosten | – | – |
| BaFin und GDV-Gebühren | 75.948 | 319.186 |
| Kosten für Dienstleister und Berater | 125.234 | 192.750 |
| Übrige Posten | 13.600 | 26.328 |
| | 322.182 | 670.064 |

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

| Gebuchte Bruttobeiträge | – selbst abgeschlossenes Pensionsfondsgeschäft – | 2023 EUR | 2022 EUR |
|-------------------------|---|-------------------|-------------|
| 1. | gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach: | | |
| | a) laufenden Beiträgen | 279.886 | 317.757 |
| | b) Einmalbeiträgen | 33.351.116 | 114.850.173 |
| 2. | gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach Beiträgen im Rahmen von Verträgen | | |
| | a) ohne Gewinnbeteiligung | 33.350.683 | 114.847.763 |
| | b) mit Gewinnbeteiligung | 280.320 | 320.167 |
| 3. | gebuchte Bruttobeiträge aus: | | |
| | a) beitragsbezogenen Pensionsplänen | 280.320 | 320.167 |
| | b) leistungsbezogenen Pensionsplänen | 33.350.683 | 114.847.763 |

Die gebuchten Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Pensionsfondsgeschäfts stammen aus dem Inland.

| Nettoergebnis aus Kapitalanlagen | | 2023 EUR | 2022 EUR |
|----------------------------------|---|-------------------|------------|
| | Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten A.) | 390.095 | 363.169 |
| | Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten B.) | 22.962.730 | 20.716.226 |
| | Erträge aus Kapitalanlagen | 23.352.825 | 21.079.396 |
| | Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten A.) | 36.632 | 17.844 |
| | Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten B.) | 316.771 | 318.067 |
| | Aufwendungen für Kapitalanlagen | 353.403 | 335.911 |
| | Nettoergebnis aus Kapitalanlagen | 22.999.422 | 20.743.484 |

| Nicht realisierte Gewinne/Verluste aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern | | 2023 EUR | 2022 EUR |
|--|---|--------------------|-------------|
| | Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen | 119.269.393 | 2.394.991 |
| | Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen | 2.464.084 | 387.014.969 |

Die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen spiegeln die Marktwertentwicklung der zum Zeitwert bewerteten Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wider.

| Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen | | 2023 EUR | 2022 EUR |
|--|--|-----------------|----------|
| c) Provisionen jeglicher Art der Vertreter | | 717.342 | 617.703 |
| d) Sonstige Bezüge der Vertreter | | – | – |
| e) Löhne und Gehälter | | – | – |
| f) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung | | – | – |
| g) Aufwendungen für Altersversorgung | | – | – |
| Aufwendungen insgesamt | | 717.342 | 617.703 |

Weitere hier nicht genannte Aufwendungen für die Zurverfügungstellung von Personal und Sachmitteln wurden der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) im Rahmen bestehender Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträge erstattet.

| Honorar des Abschlussprüfers | | 2023 EUR | 2022 EUR |
|-------------------------------------|--|-----------------|----------|
| Abschlussprüfungsleistungen | | 32.700 | 37.800 |
| andere Bestätigungsleistungen | | – | – |
| Steuerberatungsleistungen | | – | – |
| sonstige Leistungen | | – | – |
| Gesamthonorar | | 32.700 | 37.800 |

Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 3.947 EUR (Vj.: 323 EUR) aus der Inanspruchnahme der Restrukturierungsprogramme im Rahmen des Sozialplans 2023 und der Zurich Strategie „zukunft e1ns“.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen die Körperschaft- und Gewerbesteuer der laufenden Geschäftstätigkeit.

Allgemeine Angaben

| | |
|---|---|
| Identifikation der Gesellschaft | <p>Deutscher Pensionsfonds AG, Deutzer Allee 1, 50679 Köln</p> <p>Sitz der Gesellschaft: Köln; Handelsregister: Amtsgericht Köln HRB 101097</p> |
| Organe | <p>Die Angaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 1 und 2 aufgeführt.</p> |
| Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands, gewährte Kredite | <p>Die Mitglieder des Vorstands sind im Geschäftsjahr von Konzernunternehmen und nichtverbundenen Unternehmen vergütet worden. Nur in dem Umfang, in dem sie für die Gesellschaft tätig geworden sind, ist es im Rahmen der allgemeinen Konzernumlage zu einer Belastung unserer Gesellschaft gekommen.</p> <p>Im Geschäftsjahr wurden an ehemalige Vorstände und deren Hinterbliebene keine Vergütungen gezahlt.</p> <p>Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten keine Vergütungen.</p> <p>Es bestehen keine Kredite an Vorstände und Mitglieder des Aufsichtsrats.</p> |
| Mitarbeiter | <p>Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter angestellt.</p> |
| Verbundene Unternehmen und Konzernzugehörigkeit | <p>Die DEUTSCHER HEROLD AG, Köln, hat uns gemäß § 20 Absatz 4 AktG mitgeteilt, dass sie mit Mehrheit unmittelbar am Grundkapital unserer Gesellschaft beteiligt ist. Die DWS Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main, hat uns gemäß § 20 Absatz 3 AktG mitgeteilt, dass sie mit mehr als dem vierten Teil am Grundkapital unserer Gesellschaft unmittelbar beteiligt ist.</p> <p>Die DWS Group GmbH & Co. KGaA, Frankfurt am Main, die DB Beteiligungs-Holding GmbH, Frankfurt am Main und die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, haben uns gemäß § 20 Absatz 1 AktG mitgeteilt, dass ihnen jeweils mittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien unserer Gesellschaft gehört.</p> <p>Die Deutscher Pensionsfonds AG gehört unmittelbar mehrheitlich der DEUTSCHER HEROLD AG. Die Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), Frankfurt am Main, hält mittelbar eine mehrheitliche Beteiligung an unserer Gesellschaft. Die Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, und die Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, halten ebenfalls jeweils mittelbar eine mehrheitliche Beteiligung an unserer Gesellschaft.</p> <p>Der Jahresabschluss der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) und die Jahresabschlüsse ihrer Tochterunternehmen, zu denen auch die Deutscher Pensionsfonds AG gehört, werden in den Konzernabschluss der Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, einbezogen. Es handelt sich hierbei um den kleinsten Kreis von Unternehmen, in den unsere Gesellschaft einbezogen ist.</p> <p>Die Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, wird einschließlich ihrer Tochterunternehmen, zu denen auch unsere Gesellschaft gehört, in den Konzernabschluss der Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, einbezogen; es handelt sich dabei um den größten Kreis von Unternehmen, in den unsere Gesellschaft einbezogen ist.</p> <p>Der Konzernabschluss der Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Beide Konzernabschlüsse sind erhältlich bei der Zurich Insurance Group Ltd., Mythenquai 2, CH-8022 Zürich.</p> <p>Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen.</p> |

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Sonstige aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen liegen nicht vor. Sonstige Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln, aus Bürgschaften oder Gewährleistungsverträgen sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Vorgänge nach Geschäftsjahresschluss

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Sonstige Angaben

Der zukünftige Verlauf des Krieges in der Ukraine und der Nahostkonflikt könnten indirekt Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben und die Erreichung der geplanten Ziele beeinflussen. Siehe hierzu auch die Ausführungen im Ausblick des Lageberichts. Eine Quantifizierung dieser Auswirkung ist aktuell schwierig.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn 2023 in Höhe von 7.506.387 EUR wie folgt zu verwenden:

| | | |
|---------------------------|---|---------------|
| Vortrag auf neue Rechnung | = | 7.506.387 EUR |
| Bilanzgewinn 2023 | = | 7.506.387 EUR |

Köln, den 14. März 2024

Der Vorstand

Müller

Régnier

Dr. Wagener

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Pensionsfonds geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben:

- den Bericht des Aufsichtsrats
- den Fünf-Jahresüberblick sowie
- den Abschnitt Zurich Gruppe – Gesellschaftsstruktur und Kennzahlen,

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Pensionsfonds geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, 19. April 2024

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogt
Wirtschaftsprüfer

Zander
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres über die wesentlichen Geschäftsvorgänge, die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft sowie über grundlegende Fragen der Unternehmensplanung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Compliance durch mündliche und schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen.

Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie Lage und Entwicklung der Gesellschaft wurden in zwei ordentlichen Aufsichtsratssitzungen erörtert. Dabei hat der Vorstand über das Erreichen der geplanten Ziele für das laufende Geschäftsjahr und über die Planung für die künftige Periode berichtet. Auf dieser Grundlage hat der Aufsichtsrat den Vorstand der Gesellschaft laufend überwacht und war in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung stets eingebunden.

Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende haben in Einzelgesprächen mit dem Vorstand geschäftspolitische Fragen sowie die tagesaktuelle Lage und die Entwicklung der Gesellschaft behandelt.

Schwerpunkte der Beratung waren die geschäftliche Entwicklung der Gesellschaft, die Anpassungen der Governance innerhalb des Unternehmens, die Fortsetzung der Transformation der IT-Systeme sowie vertriebliche Maßnahmen einschließlich Kooperationen.

Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats sind keine Interessenkonflikte aufgetreten.

In der Bilanzsitzung hat der Verantwortliche Aktuar dem Aufsichtsrat die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung dargestellt. Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse hat er eine uneingeschränkte versicherungsmathematische Bestätigung gemäß § 141 Abs. 5 Nr. 2 VAG abgegeben. Den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars und seine Ausführungen in der Bilanzsitzung hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist von der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes der Gesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfungsbericht wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Aufsichtsrat hat von dem Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen.

Die EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, hat den vom Vorstand nach § 312 des Aktiengesetzes aufgestellten Abhängigkeitsbericht geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Abhängigkeitsbericht und der entsprechende Bericht des Abschlussprüfers wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt und von diesen geprüft. Der Aufsichtsrat schließt sich der Beurteilung des Abschlussprüfers an. In der Bilanzsitzung war der Abschlussprüfer bei der Besprechung des Abhängigkeitsberichts anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Abhängigkeitsbericht zu erheben.

In der Bilanzsitzung war der Abschlussprüfer bei der Besprechung des Jahresabschlusses anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats, sind Einwendungen gegen den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, der damit festgestellt ist. Er schließt sich dem Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns an.

Köln, im Mai 2024

Der Aufsichtsrat

Bohnhoff
Vorsitzender

Schomann

Christmann

Überschussanteilsätze 2024

Es erfolgt keine laufende Überschussbeteiligung im Jahr 2024. Schlussüberschussbeteiligung wird gemäß den aufgeführten Überschussanteilsätzen gewährt.

Auf nicht aufgeführte Überschusskomponenten erfolgt im Jahr 2024 keine Zuteilung.

1 Überschussanteilsätze vor Rentenbeginn

1.1 PENSIONSPLAN NR. 4 (2004) BZW. 7 (AB 2005)

Bestandsgruppe 13, Gewinnverband 13.456

Bestandsgruppe 25, Gewinnverband 25.456

Schlussüberschussanteil bei Übergang in den Rentenbezug im Jahr 2024 sowie vor Rentenbeginn anteilig bei Tod bzw. Rückkauf im Jahr 2024, zusammengesetzt aus Beträgen in % des Garantie-Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Zuteilung

für den Garantie-Schlussüberschuss

in den Jahren 2004 bis 2014

0,40 %

im Jahr 2015

0,15 %

und für den Fonds-Schlussüberschuss

in den Jahren 2004 bis 2014

0,35 %

Eine Erhöhung des Schlussüberschusses entfällt in den Vertragsjahren, in denen der im betreffenden Jahr gezahlte Beitrag unter 180 EUR liegt.

1.2 PENSIONSPLAN NR. 3 (2001–2003)

Bestandsgruppe 13, Gewinnverband 13.454

Bestandsgruppe 25, Gewinnverband 25.454

Schlussüberschussanteil bei Übergang in den Rentenbezug im Jahr 2024 sowie vor Rentenbeginn anteilig bei Tod bzw. Rückkauf im Jahr 2024, zusammengesetzt aus Beträgen in % des Garantie-Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Zuteilung

für den Garantie-Schlussüberschuss

im Jahr 2002

0,20 %

im Jahr 2003

0,25 %

in den Jahren 2004 bis 2013

0,40 %

im Jahr 2014

0,15 %

und für den Fonds-Schlussüberschuss

im Jahr 2002

0,30 %

in den Jahren 2003 bis 2014

0,35 %

Eine Erhöhung des Schlussüberschusses entfällt in den Vertragsjahren, in denen der im betreffenden Jahr gezahlte Beitrag unter 180 EUR liegt.

2 Überschussanteilsätze nach Rentenbeginn

2.1 PENSIONSPLAN NR. 3, 4 UND 7

Rechnungsgrundlagen DAV 1994 R und 3,25 %

| | |
|--|--------|
| Rentenzuwachs in % der Vorjahresrente | |
| – Bonusrente | 0,00 % |
| – Bonus-PLUS-Rente | 0,00 % |
| Kalkulationszins für gleichbleibende Zusatzrente | |
| – Bonus-PLUS-Rente | 0,00 % |

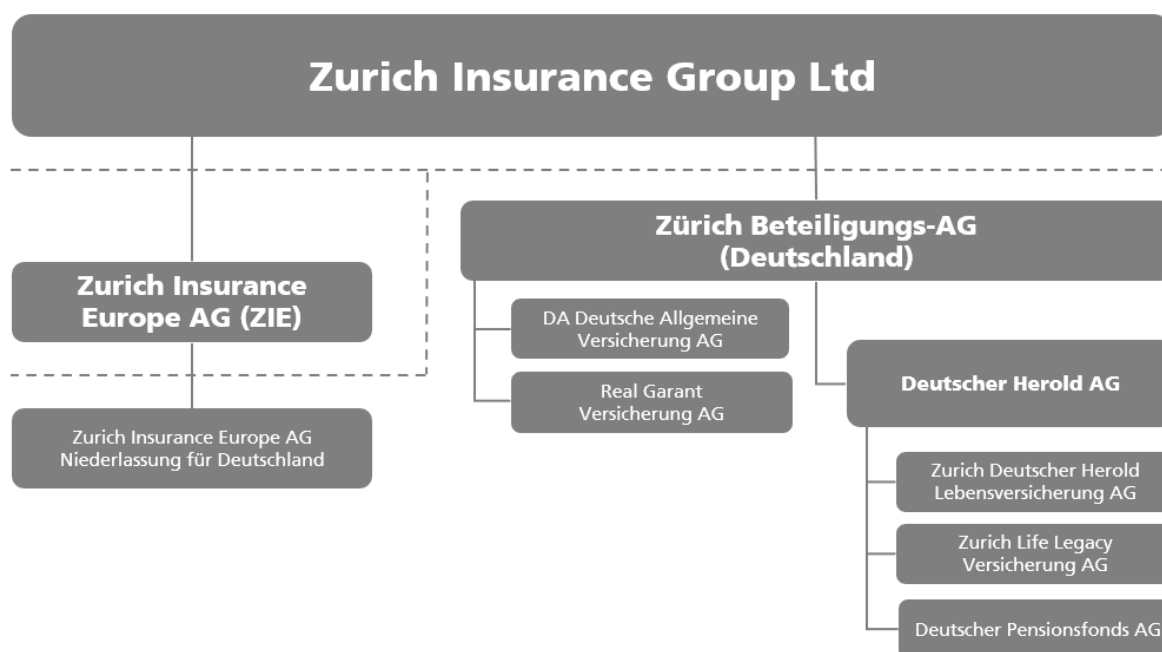
Rechnungsgrundlagen DAV 1994 R und 2,75 %, DAV 2004 R und 2,75 % sowie DAV 2004 R und 2,25 %

Es gilt für das im Jahr 2024 beginnende Versicherungsjahr

| | |
|--|--------|
| Rentenzuwachs in % der Vorjahresrente | |
| – Bonusrente | 0,00 % |
| – Bonus-PLUS-Rente | 0,00 % |
| Kalkulationszins für gleichbleibende Zusatzrente | |
| – Bonus-PLUS-Rente | 0,00 % |

Es werden für das in 2024 beginnende Versicherungsjahr weiterhin die lebenslang kalkulierten Leistungen aus den bisherigen Überschüssen der Rentenzahlungszeit gewährt.

Zurich Gruppe - Gesellschaftsstruktur



Kennzahlen Zurich Gruppe Deutschland

| | 2022 | 2023 | Veränderung |
|--|-------------|-------------|-------------|
| | in Mio. EUR | in Mio. EUR | in Prozent |
| Versicherungsbeiträge (nach IFRS 17) | 5.797 | 5.829 | 0,5 % |
| – Gebuchte Brutto-Beiträge Nicht-Leben | 2.667 | 2.869 | 7,1 % |
| – Gebuchte Brutto-Beiträge Leben | 3.132 | 2.961 | -5,8 % |
| Neugeschäft Leben in APE* | 240 | 268 | 10,5 % |
| Kapitalanlagen (inkl. FLV) | 49.324 | 51.295 | 4,0 % |
| Combined Ratio Nicht-Leben | 95,1% | 99,5 % | 3,7%-Pkt. |
| Business Operating Profit (BOP) nach IFRS 17** | 398 | 255 | -56,3 % |
| Anzahl der Mitarbeiter (31.12.) | 4.693 | 4.919 | 4,6 % |

*) Annual Premium Equivalent (Neugeschäft laufende Beiträge plus 10 % der Einmalbeiträge)

**) Zurich-interne Leistungskennzahl für den Betriebsgewinn, vor Steuern und bereinigt um nicht-operative Kenngrößen (insb. Finanzmarktvolatilität und außerordentliche Ergebniskomponenten)

Impressum

Herausgeber:
Zurich Gruppe Deutschland
Deutzer Allee 1
50679 Köln

Telefon 0221/7715-0
www.zurich.de

Deutscher Pensionsfonds
Aktiengesellschaft

Sitz der Gesellschaft: Köln

Handelsregister:
Amtsgericht Köln

HRB 101097